

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Heinz Kramer*

# **Türkische Turbulenzen: der andauernde Kultur- kampf um die »richtige« Republik**

S 11  
März 2009  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

Die Studie gibt ausschließ-  
lich die persönliche Auf-  
fassung des Autors wieder

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2009

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**
- 7 **Anhaltender Kulturkampf:  
der »Staat« gegen die AKP**
- 11 **Der politisch-ideologische Hintergrund:  
Was ist türkischer Laizismus ?**
- 14 **Die sozialstrukturellen Grundlagen des  
identitätspolitischen Konflikts**
- 18 **Interventionsmacht Staatselite?**
- 22 **Die »nationale Dimension« des Kulturkampfes:  
Kurden und andere Minderheiten**
- 28 **Wohin steuern Erdoğan und die AKP?**
- 32 **Wohin steuert der Beitrittsprozess?**
- 35 **Abkürzungen**

*Dr. Heinz Kramer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen*

### **Türkische Turbulenzen: der andauernde Kulturkampf um die »richtige« Republik**

Die jüngsten Entwicklungen in der Türkei lassen in- und ausländische Beobachter derzeit darüber rätseln, welchen weiteren Weg das Land nehmen wird. Seit dem Frühjahr 2007 hat sich der Kampf zwischen den Anhängern der kemalistischen Staatsideologie und den Vertretern eines religiös-demokratischen Konservatismus in der AKP um die »kulturelle Hegemonie« in Politik, Medien, Bürokratie, Militär, Justiz und Hochschulen der Türkei zugespitzt. Letztlich geht es dabei um die Deutungshoheit über die Identität der Republik.

Verschärft wird diese Auseinandersetzung durch den Dauerkonflikt zwischen kurdischen Nationalisten und den Verfechtern des türkischen Staatsnationalismus, der durch Terrorakte der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) immer wieder angestachelt wird. Daneben gibt es in der öffentlichen Debatte eine andauernde Kontroverse über Fragen der Minderheitenpolitik im Allgemeinen und das Aufbegehren der Aleviten im Besonderen.

Alle diese komplexen Probleme berühren den Prozess des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union (EU), sind aber auch losgelöst davon von politischer Bedeutung für Deutschland und seine EU-Partner. In dem Maße nämlich, in dem sich die Türkei als wichtiger Akteur in einer für die europäischen Sicherheitsinteressen hoch relevanten Region etabliert, gewinnt die Frage der künftigen politischen Orientierung des Landes zunehmend einen eigenen Stellenwert.

Vor diesem Hintergrund stellen sich eine Reihe von mehr oder weniger eng zusammenhängenden Fragen zur weiteren Entwicklung der Türkei: Worum geht es im türkischen Kulturkampf? Welche Faktoren beeinflussen ihn? Wohin orientiert sich die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP)? Wie stark ist die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition? Welche Perspektiven gibt es für den türkisch-kurdischen Konflikt? Welche Rolle spielt der EU-Beitrittsprozess (noch) für die türkische Politik?

Folgende *Schlussfolgerungen* ergeben sich aus der Analyse der angesprochenen Punkte:

- ▶ Die türkische Gesellschaft wird nicht »islamischer«. Die einfache Bevölkerung und die anatolische Bourgeoisie waren schon immer religiös geprägt. Doch konnten sich diese Gruppen durch den wirt-

schaftlichen Entwicklungsprozess der letzten Jahrzehnte aus ihrer sozialen Randlage lösen und sind mehr und mehr ins Zentrum gerückt. Dadurch wächst auch ihr Anspruch, sich gleichrangig am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen zu können. Was von oberflächlichen Beobachtern oft als zunehmende, rückwärtsgewandte »Islamisierung« der Türkei wahrgenommen wird, ist im Gegenteil die Folge einer gerade von den Vertretern des »neuen Mittelstands« betriebenen wirtschaftlichen und politischen Modernisierung. Die Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Erdoğan und die seit Beginn der 1990er Jahre zu nationaler Bedeutung aufgestiegene anatolische Unternehmerschaft sind die hervorragenden Repräsentanten dieses Wandels.

- ▶ Im politischen Bereich ist die AKP zurzeit ohne ernsthafte Konkurrenz. Sie kann ihre Attraktivität in der Wählerschaft aber nur behaupten und den Widerstand der laizistisch-kemalistischen Staatseliten nur in Grenzen halten, wenn sie an der gemäßigten religiös-konservativen Linie festhält und die wirtschaftlich-sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung in angemessener Weise erfüllt.
- ▶ Die bisher dominante laizistisch-kemalistische Staatselite wehrt sich nach Kräften gegen diese Entwicklung. Sie sieht dadurch nicht nur ihren Lebensstil und ihre Machtpositionen, sondern auch »das Wesen« der modernen Republik Türkei gefährdet. Sie kann diesen »Kulturkampf« aber nur gewinnen, wenn sie sich zu einer weitreichenden Modernisierung ihrer ideologischen Grundlagen, des Kemalismus, durchringt. Dafür lassen sich gegenwärtig keine Anzeichen erkennen.
- ▶ Die mächtigen Institutionen des laizistisch-kemalistischen Staates – das Militär und die Justiz – wirken immer noch als Bastionen gegen ein allumfassendes Übergewicht des religiös-konservativen Lagers im öffentlichen Leben der Türkei. Doch sie sind nicht mehr stark genug, die konservative Regierung aus dem Amt zu drängen, solange diese keine islamistische, offen systemverändernde Politik betreibt.
- ▶ Eine Lösung des türkischen Kurdenproblems ist nicht in Sicht. Auf beiden Seiten dominieren nationalistische Positionen. PKK-Terror und militärische Gegenmaßnahmen der Armee werden noch für längere Zeit die türkische Innenpolitik kennzeichnen. Die AKP ist nicht in der Lage oder nicht bereit, eine umfassende politische Strategie zur Bearbeitung des Problems zu entwickeln und auch durchzusetzen.
- ▶ Der EU-Beitrittsprozess hat seinen Rang als prioritäre Aufgabe in der innen- wie der außenpolitischen Agenda der AKP eingebüßt. Doch erfüllt die Beitrittsperspektive immer noch eine wichtige, wenn auch schwächer werdende »Ankerfunktion« für die Regierung Erdoğan, solange die EU in den Augen der türkischen Öffentlichkeit glaubwürdig bleibt. Das ist jedoch immer weniger der Fall.
- ▶ Die ideologisch-politische Auseinandersetzung findet im Rahmen eines konsolidierten Staats- und Politikverständnisses statt. Die republikanische Staatsform auf der Grundlage eines demokratischen Mehrparteiensystems wird von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung ebenso akzeptiert wie das Prinzip des säkularen Rechtsstaats. Nur eine kleine Minderheit will eine auf die Scharia gegründete »islamische Republik«. In dem derzeitigen innertürkischen Kulturkampf geht es folglich nicht um die Etablierung einer »anderen«, sondern um die Bestimmung der »richtigen« Republik.
- ▶ Die EU hat es heute mit einer Türkei zu tun, die sich, was die gesellschaftliche Verankerung und Praktizierung wesentlicher europäischer (westlicher) Werte betrifft, deutlich vom EU-Durchschnitt oder der Mehrheit der EU-Mitglieder unterscheidet. Das heißt allerdings nicht, dass die Türkei die demokratischen Grundnormen der EU ablehnen würde. Die Regierung in Ankara denkt nicht daran, die europäisierenden Reformen der Jahre 2001–2005 zurückzunehmen. Da auch die gesellschaftlichen Einstellungen sich im Modernisierungsprozess wandeln werden, bleibt abzuwarten, welche Mischung aus religiös-konservativen, laizistisch-kemalistischen und liberal-demokratischen Merkmalen sich letztlich in der Türkei herausbildet. Das Ergebnis hängt wesentlich davon ab, ob es im andauernden Kulturkampf zu einem lagerübergreifenden Kompromiss kommt, sowie davon, wie die gesamte türkische Gesellschaft die Globalisierungs- und Modernisierungsimpulse verarbeitet, denen sie sich momentan unter der Führung des religiös-konservativen Lagers verstärkt aussetzt.

## Anhaltender Kulturkampf: der »Staat« gegen die AKP

Sowohl die innen- als auch die außenpolitische Entwicklung der Türkei in den letzten zwei bis drei Jahren gibt Fachleuten im Lande und im europäischen oder amerikanischen Ausland zunehmend Anlass, darüber zu rätseln, welchen weiteren Weg das Land unter der Führung der AKP-Regierung nehmen wird.<sup>1</sup> Die Türkei ist im Sommer 2008 gerade noch einmal an einer Staatskrise vorbeigeschlittert. Das Verfassungsgericht hat die Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan mit überwältigender Mehrheit von 10 zu 1 Stimmen zu einem »Zentrum antilaizistischer Aktivitäten« erklärt und damit als Verfassungsfeind verurteilt. Die AKP wurde aber entgegen manchen Erwartungen nicht verboten, das Gericht beließ es bei einer Geldstrafe.<sup>2</sup> Doch sind sich die Beobachter einig, dass der dahinterstehende Konflikt zwischen dem laizistisch-kemalistischen Lager und den religiös-konservativen Anhängern der AKP und ihrer Regierung um die »richtige Ordnung« der Türkei damit nicht beigelegt ist.<sup>3</sup>

Das Verbotsverfahren war der (vorläufige) Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung, die seit dem Sieg der AKP bei den Parlamentswahlen von 2002 latent

das politische Geschehen beeinflusst hat. Die AKP und ihre Führer entstammen dem organisierten politischen Islam in der Türkei und standen deshalb bei der kemalistischen Staatselite und ihren Anhängern in der Bevölkerung stets im Verdacht, insgeheim eine Agenda der Systemveränderung zu verfolgen.<sup>4</sup>

Dieser Verdacht schien sich zu bestätigen, als die AKP-Regierung Anfang 2008 mit Hilfe der oppositionellen Nationalistischen Aktionspartei (MHP) einen Verfassungszusatz verabschiedete, mit dem es Studentinnen künftig ermöglicht werden sollte, die Universitäten mit dem *türban* zu betreten, wie das in einer bestimmten, religiös konnotierten Weise gebundene Kopftuch auf Türkisch bezeichnet wird. Mit diesem Schritt brachte Erdoğan aber nicht nur die kemalistischen Kräfte erneut gegen sich auf, er erntete auch aus dem Lager der liberalen städtischen Eliten Kritik. Diese sahen in dem Beschluss nicht zu Unrecht den Ausdruck einer spezifischen, auf die engere AKP-Klientel gemünzten Agenda und eine Absage an eine umfassende Reformpolitik.<sup>5</sup>

Die Republikanische Volkspartei (CHP), die parlamentarische Vertretung der laizistisch-kemalistischen Kräfte und stärkste Oppositionspartei, warf der Regierung die Verletzung des Laizismusgebots in Artikel 4 der Verfassung vor und erhob am 27. Februar 2008 Klage vor dem Verfassungsgericht.<sup>6</sup> Das Gericht gab der Klage statt und erklärte in einem Urteil am 5. Juni 2008 die Änderungen in Sachen Kopftuchverbot für

1 Vgl. Ian O. Lesser, *Do We Understand Turkey? Reflections on a Visit in Troubled Times*, Washington, D.C.: The German Marshall Fund of the United States (GMFUS), 4.2.2009, <[www.gmfus.org/doc/Lesser\\_Turkey\\_Analysis\\_0209\\_final.pdf](http://www.gmfus.org/doc/Lesser_Turkey_Analysis_0209_final.pdf)>. Die vorliegende Studie beschränkt sich auf die türkische Innenpolitik, zur Außenpolitik der AKP-Regierung ist eine weitere SWP-Studie geplant.

2 Vgl. Senem Aydın Düzgit, »The AKP in Turkey: Off the Hook This Time«, in: *The International Spectator*, 43 (2008) 4, S. 25–29.

3 Vgl. dazu İhsan Dağı, *AK Party Survives Closure Case: What Is Next?*, Ankara: SETA Foundation for Political, Economic, and Social Research, August 2008 (SETA Policy Brief, Nr. 19), <[www.setav.org/document/Policy\\_Brief\\_No\\_19\\_Ihsan\\_Dagi.pdf](http://www.setav.org/document/Policy_Brief_No_19_Ihsan_Dagi.pdf)>, und Soli Özel, *The Court Blinks*, Washington, D.C.: GMFUS, 31.7.2008, <[www.gmfus.org/doc/Soli\\_Turkey\\_Analysis\\_Final.pdf](http://www.gmfus.org/doc/Soli_Turkey_Analysis_Final.pdf)>. Die Zuschreibungen »laizistisch-kemalistisch« und »religiös-konservativ« werden hier in Anlehnung an die in der Türkei und in Europa üblicherweise herangezogenen Begriffe zur Beschreibung des innertürkischen Grundkonflikts verwendet. Die Analyse in dieser Studie wird zeigen, dass diese Etikettierungen den jeweils dahinterstehenden Sachverhalt nur bedingt korrekt bezeichnen. In Ermangelung besserer Definitionen wird dennoch in dieser Arbeit daran festgehalten.

4 Vgl. dazu Günter Seufert, *Neue pro-islamische Parteien in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2002 (SWP-Studie 6/02); ders., *Staat und Islam in der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2004 (SWP-Studie 29/04), und İhsan D. Dağı, *Islamic Political Identity in Turkey: Rethinking the West and Westernization*, Budapest: CPS International Policy Fellowship Program, Open Society Institute, 2002, S. 7–40, <<http://pdc.ceu.hu/archive/00001804/01/Dagi.pdf>>.

5 Vgl. Esra Sezer, »Belastungsprobe für die türkische Demokratie«, in: *Zenith – Zeitschrift für den Orient*, März 2008, <[www.zenithonline.de/Hintergruende.13.0.html?&article=168&cHash=a34d7ca463](http://www.zenithonline.de/Hintergruende.13.0.html?&article=168&cHash=a34d7ca463)> (eingesehen am 9.3.2009).

6 Vgl. dazu auch Mustafa Şentop, *The Headscarf Ban: A Quest for Solutions*, Ankara: SETA Foundation for Political, Economic, and Social Research, März 2008 (SETA Policy Brief Nr. 8), <[www.setav.org/document/Policy\\_Brief\\_No\\_8\\_Mustafa\\_Sentop.pdf?phpMyAdmin=e008732753bf014f26cf3b79aa21f1f1](http://www.setav.org/document/Policy_Brief_No_8_Mustafa_Sentop.pdf?phpMyAdmin=e008732753bf014f26cf3b79aa21f1f1)>.

nichtig.<sup>7</sup> Es berief sich dabei unter anderem auch auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2005, der ein früheres, von einem türkischen Gericht verhängtes Kopftuchverbot nicht als einen Verstoß gegen die Regeln der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten angesehen hatte.<sup>8</sup> Allerdings setzte sich das türkische Verfassungsgericht damit in Gegensatz zu einer großen Mehrheit in der Bevölkerung.<sup>9</sup>

Verschärft wurde die Diskussion um die AKP und ihre Politik durch den Umstand, dass am 14. März 2008 der höchste Ankläger der Republik, der Generalstaatsanwalt beim Kassationshof, dem Verfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die AKP einreichte, weil diese zu »einem Zentrum antilaizistischer Aktivität« geworden sei. Gleichzeitig forderte er für 71 führende AKP-Politiker, darunter Ministerpräsident Erdoğan und Staatspräsident Gül, ein fünfjähriges parteipolitisches Betätigungsverbot.<sup>10</sup> Die Aussichten für die AKP, sich gegen diesen Vorstoß der Justiz behaupten zu können, wurden nach dem Kopftuchurteil in der Öffentlichkeit sehr skeptisch beurteilt.

Über allem stand aber die bange Frage, wie es in der Türkei nach einem eventuellen Verbot der Regierungspartei weitergehen würde, da weder aus dem existierenden Parlament heraus eine Mehrheit für eine alternative Regierungsformel zu bilden noch von eventuellen Neuwahlen ein Wechsel der Mehrheitsverhältnisse zu erwarten war. Es drohte eine ernste Staatskrise. Umso überraschender kam dann das Urteil vom 30. Juli. In der ersten Euphorie darüber, dass es nicht zum Parteiverbot gekommen war, wurde allerdings von den Kommentatoren oft übersehen, dass das Gericht die AKP durchaus als verfassungsfeindlich verurteilt hatte.

Obwohl die AKP dem Verbot entging, haben die skizzierten Vorgänge die existierenden Gegensätze in

der türkischen Politik und Gesellschaft verschärft. Das wurde auch am Verhalten der Medien offenbar, die sich deutlicher als zuvor in ein Pro- und ein Anti-AKP-Lager differenzierten. Diese Vertiefung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze hat dazu geführt, dass die Türkei derzeit von vielen inländischen und ausländischen Beobachtern als ein Land »am Kreuzweg«, als »im Konflikt mit sich selbst«<sup>11</sup>, als »zerrissen«<sup>12</sup> oder gespalten wahrgenommen wird.<sup>13</sup>

Die heutige Situation ist jedoch im Kern nur die jüngste Station in einem Konflikt, der die Republik Türkei seit ihrer Gründung begleitet. Nach der Befreiung Anatoliens von der Besetzung durch die europäischen Siegermächte (1919–1922) setzte Mustafa Kemal (Atatürk) in einer mit brutaler Rücksichtslosigkeit und politischer Radikalität betriebenen »Kulturrevolution« das westliche, laizistische<sup>14</sup> Staats- und Gesellschaftsmodell nach europäischem Vorbild gegen den Widerstand der Mehrheit der anatolischen Bevölkerung durch. Islamistische Bestrebungen wurden im autoritären Einparteiensstaat von Atatürks Republikanischer Volkspartei (CHP) ebenso rigoros unterdrückt wie das kurdische Bemühen um Anerkennung ethnischer Differenzen innerhalb der von oben dekretierten einheitlichen »türkischen Nation«.<sup>15</sup>

Die Religionsausübung und -auslegung wurde durch die Schaffung des Amtes für Religiöse Angelegenheiten (*Diyanet*) der staatlichen Kontrolle unterstellt. Allerdings ist die Behörde damit auch staatlicher

7 Vgl. Yusuf Kanlı, »We Have All Lost!«, *Turkish Daily News*, 7.6.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=-631405>>; Murat Yetkin, »What Happens Now?«, *ebd.*, 7.6.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=631414>> (beide eingesehen am 3.3.2009).

8 European Court of Human Rights, *Grand Chamber Judgment Leyla Şahin vs. Turkey* (Application no. 44774/98), Straßburg, 10.11.2005.

9 Vgl. Konda Research and Consultancy, *Religion, Secularism and the Veil in Daily Life*, Istanbul 2007, <[www.konda.com.tr/html/dosyalar/ghdl&t\\_en.pdf](http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/ghdl&t_en.pdf)>.

10 Vgl. Carol Migdalovitz, *Turkey: Update on Crisis of Identity and Power*, Washington, D.C., 2.9.2008 (CRS Report for Congress RL 34646), S. 2–5, <<http://fpc.state.gov/documents/organization/110367.pdf>>.

11 Rainer Hermann, *Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei*, München 2008, S. 11.

12 »Zerrissene Türkei«, so betitelte die Zeitschrift *WeltTrends* im Herbst 2008 ihren Themenschwerpunkt, siehe *WeltTrends*, 16 (September/Oktober 2008) 62, S. 30–89.

13 Wie wenig neu diese Charakterisierungen allerdings sind, zeigt sich z.B. daran, dass das *Journal of International Affairs* seine Herbstausgabe des Jahres 2000 mit »Turkey: A Struggle Between Nation And State« betitelte und der einführende Artikel von Reşat Kasaba/Sibel Bozdoğan die Überschrift »Turkey at a Crossroad« trug, *Journal of International Affairs*, 54 (Herbst 2000) 1, S. 1–20.

14 Dieser Begriff wird hier im Einklang mit dem türkischen Diskurs verwendet, in dem in der Regel von *laiklik* gesprochen wird. Im deutschen und europäischen Kontext üblicher ist der Begriff »Säkularismus/säkularistisch«. Gemeint ist in beiden Fällen die Trennung von religiöser und staatlicher/öffentlicher Sphäre.

15 Vgl. für einen Überblick aus der neueren Literatur Heinz Kramer/Maurus Reinkowski, *Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte*, Stuttgart 2008, S. 103–127, und Perry Anderson, »Kemalism«, in: *London Review of Books*, 11.9.2008 (in deutscher Übersetzung erschienen unter dem Titel »Der Kemalismus«, in: Perry Anderson, *Nach Atatürk. Die Türken, ihr Staat und Europa*, Berlin: Berenberg Verlag, 2009, S. 7–58).

Repräsentant der in der Türkei vorherrschenden hanefitischen Version des sunnitischen Islam. Sie unterstützt deren faktisches Monopol gegenüber allen davon abweichenden Islamversionen ebenso wie gegenüber nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften.<sup>16</sup>

Mit dem Übergang zu einer echten Mehrparteiendemokratie in den Parlamentswahlen von 1950 zeigte sich, dass den Bemühungen der kemalistischen Eliten, die »kulturelle Hegemonie«<sup>17</sup> in der Republik zu erringen, kein nachhaltiger Erfolg beschieden war. Wie schon in der Herrschaftsphase Kemals regte sich auch jetzt zusammen mit dem Aufkommen neuer oppositioneller Parteien das religiöse Bewusstsein der anatolischen Massen. Anders als zu Kemals Zeiten ließ sich dieses Phänomen unter den Bedingungen des demokratischen Staates jedoch nicht mehr durch eine rigide Repressions- und Verbotspolitik im Zaum halten. Deshalb sah sich die kemalistische Elite im Laufe der Zeit mehrfach gezwungen, ihrer Ansicht nach zu weitgehende Abweichungen von der offiziellen Staatsideologie durch offene oder verdeckte Militärputsche zu korrigieren.<sup>18</sup>

Dies war notwendig, weil die Kemalisten im demokratischen Prozess von Anfang an in einer strukturellen Minderheitenposition waren. So konnte die Republikanische Volkspartei in den fünfzehn seit 1950 abgehaltenen Parlamentswahlen nur dreimal (1961, 1973 und 1977) eine relative Mehrheit erringen. Die regierenden bürgerlichen Parteien der rechten Mitte hielten zwar an der kemalistischen Staatsdoktrin fest, waren allerdings gegenüber Einflüssen aus religiösen

Kreisen offen.<sup>19</sup> Prononciert islamistische Parteien dagegen wurden nach einer gewissen Zeit der Existenz immer wieder vom Verfassungsgericht wegen des Verstoßes gegen das Laizismusprinzip der Republik verboten oder fielen einem Militärputsch zum Opfer.

Das änderte sich erst Mitte der 1990er Jahre mit dem Erstarken der Wohlfahrtspartei (RP) unter Necmettin Erbakan. Seither konnte sich der politische Islam, trotz wiederholter Parteiverbote,<sup>20</sup> in der politischen Landschaft der Türkei als feste Größe etablieren. Die politische Dominanz errang er allerdings erst, als er sich ab 2001 in Gestalt der AKP und ihrer Politik auf das politische Zentrum hin orientierte und dezidiert islamistischen Positionen eine klare Absage erteilte.

Damit wurde auch ein Wandel in der ideologisch-politischen Auseinandersetzung um die »kulturelle Hegemonie« in der Türkei manifest: Anders als zu Zeiten der Republikgründung und wohl auch noch bis in die Mitte der 1990er Jahre, geht es heute den religiös-konservativen Kräften im Kern nicht mehr um eine Überwindung des Laizismus zugunsten des Islam, sondern um eine Neuinterpretation der republikanischen Prinzipien, vor allem des Laizismusprinzips, in einer Weise, die mit den Empfindungen und Einstellungen der großen Masse der Bevölkerung in Einklang steht.

Damit wird evident, dass die Republik »als solche« heute von der überwiegenden Mehrheit der Türken akzeptiert ist. Pluralistische Parteiendemokratie, säkularer Rechtsstaat, türkischer Nationalismus und die Staatsform der Republik als Ausdruck von Volkssouveränität werden nur noch von einer verschwindend

**16** Zur Religionsbehörde vgl. İsmail Kara, »Eine Behörde im Spannungsfeld von Religion und Staat: Das »Präsidium für religiöse Angelegenheiten« (Diyanet İşleri Başkanlığı)«, in: Günter Seufert/Jacques Waardenburg (Hg.), *Turkish Islam and Europe*, Istanbul 1999 (Türkische Welten, Bd. 6), S. 209–240.

**17** Das Konzept der »kulturellen Hegemonie« wurde von Antonio Gramsci geprägt. Gramsci bezeichnet damit die Dominanz bestimmter Wertvorstellungen und Weltanschauungen in einem politischen System. Bei den Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Blöcken um diese Hegemonie geht es also nicht nur um politische Machtpositionen, sondern mehr noch um jene Institutionen, die den politischen Akteuren eine umfassende Deutungshoheit über das verschaffen, was im System »richtig« und was »falsch« ist, vgl. Karin Priester, *Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe*, Frankfurt 1981.

**18** Militärinterventionen zur Bewahrung der kemalistischen Grundlagen der Republik gab es 1960, 1971, 1980, 1997 und zuletzt – erstmalig erfolglos – mit dem sogenannten »e-Memorandum« vom 27. April 2007.

**19** Das gilt besonders für die Demokratische Partei (DP), die unter Adnan Menderes in den fünfziger Jahren die politische Szene beherrschte, für die Gerechtigkeitspartei (AP) von Süleyman Demirel, die als Erbe der DP ab Mitte der 1960er Jahre bis zum Militärputsch von 1980 die relative Mehrheit der Wähler hinter sich hatte, und für die Mutterlandspartei (AnaP) von Turgut Özal, die die Geschicke des Landes nach dem Putsch von 1980 bis zu Anfang der 1990er Jahre bestimmte, vgl. für Einzelheiten Erik J. Zürcher, *Turkey. A Modern History*, London/New York 2005, S. 221–295.

**20** So wurde 1998 die Wohlfahrtspartei verboten, ihre Nachfolgerin, die Tugendpartei (FP), 2001. Danach kam es zur Spaltung des politischen Islam in die Partei der Glückseligkeit (SP) einerseits und die AKP andererseits, wobei die SP das traditionell islamistische Lager repräsentiert. Sie ist heute politisch bedeutungslos, vgl. Dağı, *Islamic Political Identity* [wie Fn. 4], und Kenan Çayır, »The Emergence of Turkey's Contemporary »Muslim Democrats«, in: Ümit Cizre (Hg.), *Secular and Islamic Politics in Turkey. The Making of the Justice and Development Party*, London/New York 2008, S. 62–79.

kleinen Minderheit der Bevölkerung grundsätzlich in Frage gestellt. Das zeigen Umfragen seit Jahren immer wieder.<sup>21</sup>

Ein weiteres Indiz hierfür ist der Umstand, dass der politische Islam in der Türkei spätestens seit dem Übergang zum Mehrparteiensystem sich dauerhaft systemkonform verhalten hat: Eine nennenswerte Radikalisierung islamistischer Kräfte hat zu keiner Zeit stattgefunden. Terroristischer Islamismus ist in der Türkei immer eine Randerscheinung im politisch-gesellschaftlichen Leben geblieben.<sup>22</sup> Auch heute will die AKP die politischen und wirtschaftlichen Reformen der Jahre 2001 bis 2005, mit denen der türkische Staat wesentliche Anpassungen an die EU vollzogen hat, nicht wieder zurücknehmen.

**21** Besonders wichtig sind in dieser Hinsicht u.a. Ali Çarkoğlu/Binnaz Toprak, *Türkiye’de Din, Toplum ve Siyaset* [Religion, Gesellschaft und Politik in der Türkei], Istanbul 2000, und dies., *Religion, Society and Politics in a Changing Turkey*, Istanbul 2007.

**22** Vgl. für einen Überblick Gareth Jenkins, *Political Islam in Turkey. Running West, Heading East?*, New York/Basingstoke 2008, S. 183–211.

## Der politisch-ideologische Hintergrund: Was ist türkischer Laizismus?

Das Laizismusprinzip der kemalistischen Republik bildet zusammen mit dem Prinzip des Nationalismus das ideologische Rückgrat des modernen türkischen Staates. Der Streit um die Interpretation dieses Laizismusprinzips steht im Mittelpunkt des gegenwärtigen türkischen Kulturkampfes. Es ist der Kampf zwischen den Anhängern zweier Lebensstile: des laizistischen Kemalismus auf der einen Seite und des religiösen Konservatismus auf der anderen. Verbunden damit ist natürlich auch eine Auseinandersetzung um die Machtverteilung in Staat und Gesellschaft, konkret vor allem um die Besetzung jener Institutionen und Positionen, die maßgeblichen Einfluss auf die Formierung der öffentlichen Meinung und damit auch auf die Bildung politischer Präferenzen ausüben.<sup>23</sup>

Der Kulturkampf geht allerdings tatsächlich gar nicht mehr um den Laizismus als solchen. Dieser wird als politisches Ordnungselement der Republik Türkei auch von der AKP-Regierung und, wie erwähnt, von der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht (mehr) in Frage gestellt. Umstritten ist aber die konkrete Ausformung des Prinzips. Die laizistisch-kemalistischen Kräfte halten an dem rigiden Ansatz fest, der in der Gründungsphase der modernen Türkei von Kemal und seinen Gefährten durchgesetzt wurde: Demnach ist Religion prinzipiell eine Privatsache. Wo, wie weit und in welcher Form die religiöse Praxis öffentlich wird, bestimmt der Staat. Der Laizismus ist nach Auffassung der Kemalisten die wesentliche Grundlage der Demokratie und darf deshalb nicht angetastet werden. In diesem Modell des »bestimmenden Säkularismus« (*assertive secularism*) gibt es zwar (individuelle) Glaubensfreiheit, aber keine (kollektive) Religionsfreiheit: Der Einzelne darf seine Religion als Privatangelegenheit uneingeschränkt ausüben, die Anhänger einer Religion dürfen aber weder kollektiv noch

einzelnen explizit als solche im öffentlichen Raum in Erscheinung treten.<sup>24</sup>

Für die religiös-konservativen Kräfte in der AKP und ihre Anhängerschaft bedeutet Laizismus dagegen staatliche Neutralität gegenüber jeglicher Form der Religionsausübung, solange diese nicht auf die Gestaltung der politischen Ordnung gerichtet ist, entsprechend dem Diktum von Ministerpräsident Erdoğan: »Nicht der Einzelne, sondern der Staat ist laizistisch.«<sup>25</sup> Sie sind somit Verfechter eines »passiven Säkularismus« (Ahmet T. Kuru), der sich mehr am US-amerikanischen Beispiel orientiert als an dem der französischen *laïcité*. Türkische Vertreter dieses »passiven Säkularismus« wollen neben der (individuellen) Glaubensfreiheit auch die volle (öffentliche) Religionsfreiheit. Jede/r soll das Recht haben, ihre/seine religiöse Überzeugung auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen, solange dadurch nicht der säkulare Charakter des Staates in Frage gestellt wird.

Generell wird der Kulturkampf auf kemalistischer Seite neben ideologischen und materiell-statusbezogenen Motiven auch von der Befürchtung angetrieben, dass die Türkei im Zuge der AKP-Herrschaft einer schleichenden Islamisierung unterworfen werden könnte. Der konservative Traditionalismus der Massen, so die Sorge, könnte in der Alltagspraxis eine dominante Rolle annehmen und abweichendes »modernes« Verhalten zunehmend stigmatisieren. Auf diese Weise würde die kemalistische faktisch zu einer »islamischen Republik«, ohne dass dem eine Änderung der formal säkularen Staatsform vorausgegangen wäre. Um dies zu verhindern, müsse man sich schon den Anfängen wehren. Wie offen die Situation in dieser Frage ist, zeigt eine Umfrage vom Frühjahr

<sup>24</sup> Vgl. Ahmet T. Kuru, »Reinterpretation of Secularism in Turkey. The Case of the Justice and Development Party«, in: M. Hakan Yavuz (Hg.), *The Emergence of a New Turkey. Democracy and the AK Party*, Salt Lake City 2006, S. 136–159.

<sup>25</sup> So zitiert in der von der AKP dem Verfassungsgericht am 30.4.2008 vorgelegten Verteidigungsschrift, vgl. Justice and Development Party, *To the Presidency of the Constitutional Court, Case Number 2008/1 (Party Closure)*, 30.4.2008, S. 30, <[http://eng.akparti.org.tr/jiddianame\\_cevap\\_en.pdf](http://eng.akparti.org.tr/jiddianame_cevap_en.pdf)> (eingesehen am 9.3.2008), siehe dazu auch Ahmet T. Kuru, »Secularism in Turkey: Myths and Realities«, in: *Insight Turkey*, 10 (2008) 3, S. 101–110.

<sup>23</sup> Dies ist für die politische Entwicklung der Türkei keineswegs bedeutungslos, wie Kalaycıoğlu feststellt: »secular and religious orientations and ethnicity are important determinants of party preferences (voters' choices)«, Ersin Kalaycıoğlu, »Attitudinal Orientation to Party Organizations in Turkey in the 2000s«, in: *Turkish Studies*, 9 (2008) 2, S. 297–316 (316).

2008, der zufolge 48,6 Prozent der Befragten in der Religion oder besser gesagt im Glauben einen moralischen Führer für soziales Verhalten sehen, aber mit 43,7 Prozent fast genau so viele Befragte angaben, dass Religion für sie eine Privatsache sei.<sup>26</sup>

Das zeigt, dass die beiden in der Türkei von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Lagern vertretenen Interpretationen des Laizismusprinzips nur schwer miteinander zu versöhnen sind. Das Verfassungsgericht jedenfalls hat in seinen Urteilsbegründungen vom 22. und 24. Oktober 2008 in Sachen »Kopftuchverbot« bzw. »AKP-Verbot« noch einmal die offizielle Version des »bestimmenden Säkularismus« bekräftigt, nach der der Staat und die Gesellschaft vor jeglicher öffentlichen Einflussnahme jedweder Religion zu schützen seien.<sup>27</sup>

Der ausdrückliche Hinweis des Gerichts auf die verfassungsmäßig vorgegebene Unabänderbarkeit des kemalistischen Laizismuspostulats setzt allen Versuchen, das Kopftuchverbot abzuschaffen, klare Grenzen. Der AKP sind mit diesem Urteil auch weitgehend die Hände gebunden, politische Initiativen in anderen Fragen auf den Weg zu bringen, die gerade für ihre Kernanhängerschaft aus dem traditionell-religiösen Lager eine hohe Bedeutung haben, wie etwa die Verbesserung der universitären Zulassungsbedingungen für die Absolventen der staatlichen Vorbereitungs-Gymnasien (*imam hatip liseler*) oder die Ausweitung der staatlich kontrollierten Koran-Kurse.

In den Urteilen des Verfassungsgerichts und seinen Begründungen hierzu kommt auch klar zum Ausdruck, dass in der offiziellen Sichtweise der republikanischen Staatselite das Festhalten am »bestimmenden Säkularismus« nicht im Widerspruch zu Forderungen nach einer weitergehenden Demokratisierung der Türkei steht, wie sie aus Kreisen der EU konstant artikuliert werden. Vielmehr wird gerade diese Form des Säkularismus als wesentliche Garantie für die Bewahrung der Demokratie in der Türkei angesehen, denn dadurch werde zum Beispiel im Fall des Kopf-

tuchverbots jede potentielle Diskriminierung andersgläubiger Studentinnen oder muslimischer Nicht-Kopftuchträgerinnen durch eine Mehrheit von Kopftuchträgerinnen verhindert. Nach dieser Lesart ist das Kopftuchverbot Minderheitenschutz in einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft.

Die vom Gericht erneut hervorgehobene Bedeutung der fundamentalen Verfassungsgrundsätze und deren Unabänderlichkeit hat allerdings ein erhebliches legitimatorisches Manko: Die aktuelle Verfassung kann, wie alle ihre Vorgängerinnen auch, nur bedingt als Ausdruck eines freien Volkswillens angesehen werden.<sup>28</sup> Sie ist vielmehr das Produkt des Militärputsches von 1980 und wurde 1982 in einer Volksabstimmung verabschiedet, die eindeutig von den damaligen Militärmachthabern manipuliert wurde.<sup>29</sup> An diesem demokratiepolitischen Grunddefizit ändern auch die seitdem vorgenommenen umfangreichen Verfassungsänderungen nichts, da von ihnen ja die Kernbestandsmerkmale der Verfassung ausdrücklich ausgenommen bleiben. Das von der AKP im Herbst 2007 zunächst intensiv betriebene, dann aber wieder fallengelassene Projekt einer neuen »zivilen« oder »Bürgerverfassung« bleibt also ein politisches Desiderat. Seine Verwirklichung in einer demokratischen Standards voll genügenden Weise, das heißt unter entsprechender Beachtung des Grundsatzes einer angemessenen Repräsentation von Minderheiteninteressen, ist vor dem Hintergrund des aktuellen Kulturkampfes eine große Herausforderung für die Regierung.<sup>30</sup>

Das Verfassungsgericht hat jedenfalls für den Augenblick einen klaren Rahmen für den weiteren Demokratisierungsprozess in der Türkei gezogen. Dieser ist für das religiös-konservative Spektrum innerhalb der türkischen Bevölkerung jedoch kaum akzeptabel. Die Bestätigung und Bekräftigung der offiziellen

<sup>26</sup> Vgl. Mustafa Akyol, »Muslime statt Islamisten«, *Süddeutsche Zeitung*, 8.4.2008, S. 2, und »Religious Tolerance Prevails in Turkey, Poll Shows«, *Today's Zaman*, 14.3.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=136373](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=136373)> (eingesehen am 9.3.2009).

<sup>27</sup> Vgl. »Top Court Decision Cripples Parliament«, *Today's Zaman*, 23.10.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=156699](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=156699)>, und Svante E. Cornell, »Turkish Constitutional Court Sets Framework for Politics«, in: *The Turkey Analyst*, 1 (24.10.2008) 16, S. 3–7, <[www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2008/081024-TRA.pdf](http://www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2008/081024-TRA.pdf)> (jeweils eingesehen am 9.3.2009).

<sup>28</sup> Die Verfassung von 1924 war die konsequente Umsetzung des kemalistischen Revolutionsprogramms, die »liberale« Verfassung von 1961 entstand infolge des Militärputschs von 1960 und war »das Ergebnis einer gegen den Despotismus einer bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parlamentsmehrheit gerichteten Revolution der liberalen akademisch-bürgerlichen Elite und des Militärs«, so Christian Rumpf, *Das türkische Verfassungssystem. Einführung mit vollständigem Verfassungstext*, Wiesbaden 1996, S. 69.

<sup>29</sup> Vgl. Rumpf, *Verfassungssystem* [wie Fn. 28], S. 87–93; Erik J. Zürcher, *Turkey* [wie Fn. 19], S. 280f, und Heinz Kramer, *Das neue politische System der Türkei*, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 1983 (SWP-AZ 2374), S. 11–25.

<sup>30</sup> Vgl. Heinz Kramer, *Die Türkei auf dem Weg in die nach-kemalistische Republik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2007 (SWP-Aktuell 48/07).

kemalistisch-laizistischen Auffassung durch das Gericht hat die politische Position dieses Lagers allerdings nur vordergründig gestärkt. Die gesellschaftlichen Veränderungen in der Türkei in den letzten Jahrzehnten haben nämlich zum Aufstieg neuer sozialer Gruppen geführt, deren Wertesystem und Lebensstil nur bedingt mit dem offiziellen Normenkanon der Republik kompatibel ist. Die infolge des Wandels zunehmende innergesellschaftliche Pluralisierung macht es allerdings generell immer schwieriger, das System der Republik auf relativ rigide definierte Prinzipien, gleich welcher ideologischen Orientierung, zu stützen.

## Die sozialstrukturellen Grundlagen des identitätspolitischen Konflikts

Mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes unter der Regierung von Turgut Özal (1983–1989) setzte in der Türkei auch ein umfassender und nachhaltiger Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung ein, der durch die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts beschleunigte Globalisierung noch verstärkt wurde. Dabei wandelte sich die Türkei endgültig von einer vormodernen Agrargesellschaft zu einem zunehmend urban geprägten industriellen Schwellenland.<sup>31</sup> Jeder Türke hat inzwischen die Möglichkeit, medial an allen Ereignissen in allen Teilen des Landes »in Echtzeit« teilzuhaben. Dadurch kommt er mit den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen im Land viel stärker in Kontakt als in der Vergangenheit, mit anderen Worten, die bewusstmäßige Distanz zwischen »Zentrum« und »Peripherie« wird stetig kleiner.

Eine andere Folge dieser Entwicklung sind Verschiebungen in der gesellschaftlichen Stratifikation der Türkei – es entstehen neue Eliten und neue soziale Gruppen. Die türkische Bevölkerung ist so in den letzten 25 Jahren deutlich vielfältiger geworden. Damit hat sich auch das Spektrum der Interessen, die seitens der Politik befriedigt werden müssen, erheblich vergrößert und diversifiziert. Die Forderungen an die Leistungsfähigkeit der politischen Klasse sind enorm gewachsen.

Die neuen sozialen Scheidelinien sind aber nicht die einzigen, die für die politische und gesellschaftliche Entwicklung der heutigen Türkei prägend sind: Eine wesentliche Rolle spielen auch Konflikte entlang ethno-nationalistischer Differenzen, insbesondere der türkisch-kurdische Antagonismus. Darüber hinaus gibt es Spannungen entlang religiöser Linien. Das gilt zum einen für das Verhältnis zwischen Sunniten und Aleviten innerhalb der muslimischen Bevölkerung und zum anderen für die Beziehungen zwischen Muslimen und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften.

Den sozialen Sockel der Gesellschaft bildet nach wie vor die große Masse der »einfachen Leute« in den ausgedehnten Randgebieten der städtischen Agglome-

rationen und in den noch stark ländlich geprägten Städten Anatoliens. Ihr Hauptinteresse gilt der Sicherung ihrer materiellen Existenz sowie dem Fortkommen ihrer Kinder in materieller und bildungsbezogener Hinsicht. Die politische Grundorientierung dieser »einfachen Leute« ist überwiegend konservativ oder religiös-konservativ.<sup>32</sup> Religiös geprägte, traditionelle Werte sind für sie in erheblichem Maß verhaltensbestimmend und prägen auch ihre Vorstellung von der »richtigen« Gesellschaftsordnung. Für die Frauen gehört das Kopftuch, nicht aber zwingend der *türban*, zur normalen Bekleidung, ohne dass damit in jedem Fall ein ausdrückliches religiöses Bekenntnis verbunden wäre.

Aus diesen Bevölkerungsschichten rekrutiert sich heute die Mehrheit der AKP-Wähler, und ihnen verdankte sich schon in der Vergangenheit das strukturelle Übergewicht der bürgerlich-konservativen Parteien der rechten Mitte. Das demokratische politische System und eine religiös-konservative Weltsicht stellen für diese »modernen Religiösen« keinen Widerspruch dar.<sup>33</sup> Ein Dilemma zwischen den beiden Wertesphären entsteht für diese sozialen Gruppen erst, wenn es um den Grad an gesellschaftlich-politischem Liberalismus geht, der in der Türkei herrschen soll. Dies belegen Untersuchungen, die sich jenseits der Etiketten »Demokratie« und »Säkularismus« stärker mit den inhaltlichen Deutungen dieser Konzepte in den Köpfen der Befragten befassen. Hier zeigt sich dann, dass auch bei den »modernen Religiösen« konservative gesellschaftliche Werte klar dominieren und liberale Einstellungen, etwa zur Homosexualität, zu gemischt-religiösen Ehen, zum

<sup>31</sup> Vgl. Reinhard Stewig, *Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei*, Teil 3: *Entwicklung seit 1980*, Kiel 2000 (Kieler Geographische Schriften, Bd. 102).

<sup>32</sup> Das bestätigen auch neuere Wahlstudien, die zeigen, dass die AKP in den Ballungsgebieten in jenen Vierteln stark ist, in denen Wähler mit niedrigem sozioökonomischem Status leben, vgl. Gülgün Tosun/Tanju Tosun, »Voter Preferences in İzmir from the November 3, 2002 Elections to the July 22, 2007 Elections: Has the Election Map Altered?«, in: *Turkish Studies*, 9 (Juni 2008) 2, S. 247–295. Vgl. für eine sozio-anthropologische Analyse dieses Sachverhalts Jenny B. White, *Islamist Mobilization in Turkey: A Study in Vernacular Politics*, Seattle/London 2002.

<sup>33</sup> Vgl. Ersin Kalaycıoğlu, »Politics of Conservatism in Turkey«, in: *Turkish Studies*, 8 (Juni 2007) 2, S. 233–252.

Judentum oder gegenüber Ausländern weit weniger anzutreffen sind.<sup>34</sup>

In verschiedenen Segmenten der anatolischen, aber auch der großstädtischen Konservativen paart sich die beschriebene Grundeinstellung mit einem chauvinistischen Nationalismus, dessen Wurzeln eindeutig in der kemalistischen Ideologie zu suchen sind.<sup>35</sup> Diese Kreise zählen in der Regel zur Basis der Nationalistischen Aktionspartei (MHP) und zeichnen sich oft durch eine bis zur Gewaltbereitschaft gehende Intoleranz gegenüber Andersdenkenden aus.

Von der Öffnung und wachsenden Dynamik der Wirtschaft haben seit Mitte der 1980er Jahre nicht nur die etablierten industriellen Zentren im Großraum Istanbul und rund um das Marmarameer und an der ägäischen Küste profitiert. Auch im Hinterland, in den Städten Anatoliens, wurde die vorherrschende konservative Handelsbourgeoisie durch eine Schicht religiös-konservativer Unternehmer überlagert. Viele der vormals ländlichen Zentren wandelten sich zu Industriestädten. Hier entstand eine neue Unternehmerklasse internationalen Zuschnitts, die man wegen ihrer ausgeprägten Arbeitsethik bereits als »islamische Calvinisten«<sup>36</sup> bezeichnet hat und die sich erfolgreich neben den arrivierten Managerzirkeln Istanbuls behaupten konnte. Insbesondere in der Ära Özal und unter der AKP-Herrschaft ab 2002 konnten diese Kreise sich auch ein funktionierendes Beziehungsgeflecht zur politischen Führungselite in Ankara aufbauen.<sup>37</sup>

<sup>34</sup> Vgl. z.B. Jürgen Gerhards (unter Mitarbeit von Michael Hölscher), *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*, Wiesbaden 2005; siehe auch Robert Tait, »Turks Reveal Xenophobic, Conservative Attitudes in Poll«, *The Guardian*, 23.2.2009, S. 24, <[www.guardian.co.uk/world/2009/feb/23/turks-xenophobic-conservative-poll](http://www.guardian.co.uk/world/2009/feb/23/turks-xenophobic-conservative-poll)> (eingesehen am 11.3.2009); die zugehörige Konda-Umfrage vom 5./6.2.2009 ist bisher nur in Türkisch verfügbar: Konda Research and Consultancy, *Biz Kimiz? [Wer sind wir?]*, <[www.konda.com.tr/html/dosyalar/KONDA\\_Hayat\\_Tarzlari\\_Ozet.pdf](http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/KONDA_Hayat_Tarzlari_Ozet.pdf)> (eingesehen am 11.3.2009).

<sup>35</sup> Vgl. dazu die Beiträge in: Hans-Lukas Kieser (Hg.), *Turkey beyond Nationalism. Towards Post-Nationalist Identities*, London/New York 2006, S. 35–82.

<sup>36</sup> European Stability Initiative, *Islamische Calvinisten. Umbruch und Konservatismus in Zentralanatolien*, Berlin/Istanbul, 19.9.2005, <[www.esiweb.org/pdf/esi\\_document\\_id\\_71.pdf](http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_71.pdf)> (eingesehen am 11.12.2008).

<sup>37</sup> Neben der »Türkischen Börsen- und Handelskammer« TOBB, die traditionell eher die anatolische Mittel- und Kleinindustrie vertritt, zählt insbesondere die (muslimische) Unternehmervereinigung MÜSİAD zu den wichtigen gesellschaftlichen Repräsentanten dieser neuen anatolischen Industriellenklasse, vgl. Ayşe Buğra, *Islam in Economic Organiza-*

Doch auch in den großen Städten der Türkei schuf die zunehmende Öffnung der Wirtschaft und der Gesellschaft Freiräume für die Entwicklung und den Aufstieg der bis dato von der Elite des Landes ausgeschlossenen religiös-konservativen Kräfte. Insbesondere die jüngere Generation profitierte von dem expandierenden Bildungs- und Informationsangebot und von den wirtschaftlichen Chancen, die sich nun boten. Es entstand ein religiös-konservativer Mittelstand, dessen Angehörige selbstbewusst in die Öffentlichkeit drängen.<sup>38</sup>

Als Ergebnis des sozialen Wandels der letzten drei Jahrzehnte lässt sich der türkische Mittelstand heute grob in vier Gruppen unterteilen, die sich einmal entlang der Achse »laizistisch vs. religiös-konservativ« und dann noch einmal nach dem Kriterium »traditionell« oder »modern« unterscheiden. Dabei handelt es sich natürlich um eine sehr grobe Klassifizierung, die aber dem Zweck dient, die mitunter konträren milieuspezifischen Interessenlagen des türkischen Bürgertums zu veranschaulichen.

Zum laizistischen Lager zählen in erster Linie die Angehörigen der traditionellen kemalistischen Staatsklasse, das heißt die Beamtschaft, die Militärs, die Lehrer, Hochschullehrer und Medienvertreter. Das vorrangige politische Interesse dieser Gruppe ist darauf gerichtet, die Prinzipien der kemalistischen Republik, vor allem ihre laizistischen Grundlagen, zu verteidigen, die bis in die Mitte der 1990er Jahre relativ unangefochten waren, wenngleich es zu ihrem Schutz manchmal der tatkräftigen Unterstützung des Militärs bedurfte. Die hohe Identifikation mit der kemalistischen Gründungsideologie der Türkei drückt sich in diesen Kreisen bei der Beurteilung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen generell in einem ausgeprägt staatszentrierten Denken aus.

Daneben gibt es in den großstädtischen Ballungsgebieten einen neuen, »modernen« Mittelstand. Ihm gehören überwiegend Angehörige der jüngeren Generation an, die ihren Lebensunterhalt bevorzugt als Angestellte und Selbständige in modernen Industrieunternehmen, im Dienstleistungssektor, in der Kommunikationswirtschaft, in der Medienbranche oder im Bildungsbereich verdienen. Diese Personen pflegen in der Regel einen modernen, westlichen,

*tions*, Istanbul 1999, und Ziya Öniş, »The Political Economy of Turkey's Justice and Development Party«, in: Yavuz (Hg.), *The Emergence* [wie Fn. 24], S. 207–234, bes. S. 220–224.

<sup>38</sup> Vgl. Sema Genel/Kerem Karaosmanoğlu, »A New Islamic Individualism in Turkey: Headscarved Women in the City«, in: *Turkish Studies*, 7 (2006) 3, S. 473–488.

konsumorientierten Lebensstil. Staatsideologie und Religion haben in ihrem Leben keine besondere Bedeutung. Sie sind im eigentlichen Sinn säkularisiert und bevorzugen deshalb politische Verhältnisse, die ihrem Lebensstil möglichst wenig Beschränkungen bereiten. Folglich stehen sie den konservativen, auf gesellschaftliche Homogenisierung zielenden Bestrebungen im AKP-Lager ebenso kritisch gegenüber wie dem dogmatischen Kemalismus mit seinen gleichermaßen gesellschaftsformativen Zielen. In der Vergangenheit zählten die Vertreter dieser urbanen Gesellschaft zu den entschiedenen Befürwortern der von der AKP-Regierung im Zuge des EU-Beitrittsprozesses betriebenen Politik der liberal-demokratischen »Europäisierung« der Türkei.<sup>39</sup>

Auch im religiös-konservativen Lager finden wir zunehmend Angehörige des beschriebenen neuen Mittelstands. Diese führen zwar ein klar von konservativen Werten bestimmtes Leben, in dem auch Religion eine wichtige Rolle spielt; doch sind sie wesentlich zurückhaltender gegenüber einer gesellschaftlichen Ordnungspolitik, die – womöglich auch noch staatlicherseits vorgeschrieben – einen für alle verbindlichen Wertekanon und Lebensstil etablieren will. Religion ist für sie eben hauptsächlich eine private Angelegenheit, in die die staatliche Politik keinesfalls intervenieren darf.<sup>40</sup>

Das sehen die Anhänger einer eher traditionell definierten religiös-konservativen Orientierung anders. Sie haben ihre Wurzeln häufig in der *Milli Görüş*-Bewegung (»Nationale Sicht«), der Hauptorganisation des klassischen politischen Islam der Türkei, wie er seit Jahrzehnten von Necmettin Erbakan und seinen Anhängern in Parteien wie der Nationalen Heilspartei (1972–1980) oder ihrer Nachfolgerin, der Wohlfahrtspartei (1983–1997), vertreten wurde.<sup>41</sup> Heute finden sich diese Kräfte als politische Minderheit entweder in der bedeutungslosen Partei der Glückseligkeit (SP) oder aber als Fraktion in der Regierungspartei AKP. Sie bilden den Kern eines religiös-

traditionellen Mittelstands anatolischer Prägung, dessen Angehörige die Leitlinien der islamischen Religion durchaus als gesellschaftsweit verbindliche Verhaltensrichtlinien verstehen.

Die politischen Lager, die sich im Kulturkampf gegenüberstehen, sind im Wesentlichen Repräsentationen der hier beschriebenen religiös-konservativen bzw. laizistischen Gruppierungen des türkischen Mittelstands. Das kemalistische Lager kann darüber hinaus, ungeachtet sozial-struktureller Kriterien, auf die mehrheitliche Unterstützung der islamisch-heterodoxen Aleviten rechnen. Denn für diese etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung umfassende religiöse Gruppe ist der Laizismus der Republik ein wichtiges Element des Schutzes gegen die sunnitisch-orthodoxe Mehrheit und die von ihr ausgehenden Drangsalierungen.<sup>42</sup>

Die türkische Oberschicht hat eine eindeutig großstädtisch-kosmopolitische Prägung. Sie pflegt einen individuell-liberalistischen Lebensstil und steht in politischer Hinsicht hinter den Grundlagen und Prinzipien der kemalistischen Republik. Das äußert sich auch in ihrem Wahlverhalten: Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP), die sich unzweideutig in der Nachfolge des Republik- und Parteigründers Mustafa Kemal (Atatürk) sieht, wird in diesen Kreisen mit großer Mehrheit gewählt.

Vor dem skizzierten Hintergrund der gewandelten sozioökonomischen Stratifizierung der türkischen Gesellschaft ist mit Blick auf die aktuelle Lage in der Türkei dem folgenden Befund von Svante Cornell und Halil Magnus Karaveli zuzustimmen:

»Weder der religiöse Konservatismus noch der Laizismus können weggewünscht werden. Beide sind gesellschaftlich tief verwurzelt und man kann nicht davon ausgehen, dass der eine in absehbarer Zeit den anderen völlig überwindet. Diese Koexistenz konkurrierender Wertesysteme zeigt aber auch – trotz aller Spannungen zwischen ihnen –, dass die türkische Gesellschaft ihrem Wesen nach pluralistisch und in einem Maß multi-kulturell heterogen ist, dass ein erfolgreicher Versuch zur Etablierung eines autoritären Regimes – sei es religiös oder laizistisch geprägt – kaum zu erwarten

<sup>39</sup> Vgl. zu dieser »Europäisierung« Ergun Özbudun, »Democratization Reforms in Turkey, 1993–2004«, in: *Turkish Studies*, 8 (Juni 2007) 2, S. 179–196.

<sup>40</sup> Vgl. dazu M. Hakan Yavuz, »The Role of the New Bourgeoisie in the Transformation of the Turkish Islamic Movement«, in: ders. (Hg.), *The Emergence* [wie Fn. 24], S. 1–19.

<sup>41</sup> Vgl. zu diesem *milli görüş*-basierten Zweig des politischen Islam Günter Seufert, *Politischer Islam in der Türkei*, Istanbul/Stuttgart 1997 (Türkische Welten, Bd. 3), S. 139–142, 267–277 und 320–338. Siehe auch Jenkins, *Political Islam* [wie Fn. 22], S. 135–138 und 153–167.

<sup>42</sup> Vgl. zu den Aleviten allgemein David Shankland, *The Alevites in Turkey. The Emergence of a Secular Islamic Tradition*, London 2003; zum Wahlverhalten der Aleviten siehe Ali Çarkoğlu, »Political Preferences of the Turkish Electorate: Reflections of an Alevi-Sunni Cleavage«, in: *Turkish Studies*, 6 (Juni 2005) 2, S. 273–292.

ist. Doch hat der religiöse Konservatismus ohne Zweifel die Oberhand und den historischen Trend seit den 1950er Jahren auf seiner Seite.«<sup>43</sup>

Wenn es nicht zu einem Eingreifen des Militärs kommt oder zu einem erneuten Verbotsverfahren beim Verfassungsgericht, dann wird sich die religiös-konservativ geprägte politische Herrschaft der AKP konsolidieren. Damit würde sich die deutliche Mehrheit der türkischen Gesellschaft »ihre« Republik formen. Doch das geschähe – anders als bei Kemal in den 1920er Jahren – nicht durch den Versuch, eine *tabula rasa* zu schaffen, sondern aufbauend auf der über achtzigjährigen Geschichte der kemalistischen Republik und ihrer Errungenschaften. Die postkemalistische Türkei kann unter demokratischen Verhältnissen nicht eine nichtkemalistische sein, sondern wird auch mit einer religiös-konservativen Prägung in ihrem Kern wesentliche Elemente der kemalistischen Phase bewahren.

Für den Ausgang des Kulturkampfes ebenso entscheidend wird es sein, ob das laizistisch-kemalistische Lager und seine Anhänger es schaffen, sich so weit von den Gründungsdogmen der Republik zu lösen, dass sie der türkischen Wählerschaft ein genügend attraktives Angebot machen können, nämlich das Angebot einer in die weltweiten Globalisierungsprozesse eingebundenen säkularen Republik mit einer erneuerten Staatsdoktrin in Gestalt eines zeitgemäßen oder »demokratischen« Kemalismus. Allerdings sind bis jetzt keine Anzeichen der dafür notwendigen ideologischen Neubesinnung zu erkennen. Zwar hat die CHP auf ihrem letzten Parteitag im Dezember 2008 ein umfangreiches neues Parteiprogramm verabschiedet, in dem sie sich durchaus sachorientiert zu allen wesentlichen politischen Problemen der Türkei äußert, doch hat dieses Dokument wohl eher politisch-symbolischen Charakter denn den eines wirklichen Wegweisers.

Letztlich stellt sich für beide Lager des aktuellen Kulturkampfes längerfristig die Frage, ob und wie überzeugend sie in ihre jeweiligen ideologischen Grundlagen Elemente einer liberalen Weltansicht einbeziehen können. Die türkische Gesellschaft ist heute – und wird es in Zukunft immer mehr sein – in sich so kom-

plex und so differenziert strukturiert, dass sie mit einfachen und rigiden politischen Konzepten nicht mehr effektiv zu managen sein wird.

Dass dieses Erfordernis für sämtliche politischen Kräfte gilt, offenbart eine gravierende Lücke in der türkischen politischen Landschaft: die seit der Jungtürkenzeit Anfang des 20. Jahrhunderts andauernde Marginalisierung des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus durch entweder die Kräfte des autoritären, staatsorientierten Kemalismus oder durch die Anhänger eines traditionell gemeinschaftsorientierten politischen Islam. Beiden Ideologien waren und sind Bestrebungen, das Individuum als Träger einer freien Bürgergesellschaft in den Mittelpunkt politischen und gesellschaftlichen Handelns zu stellen, aus weltanschaulichen und machtpolitischen Erwägungen suspekt. Folglich hat es in der Türkei auch keine liberale Partei gegeben, die einen Einfluss auf die politische oder gesellschaftliche Entwicklung ausüben konnte. Liberale Gedanken, meist wirtschaftlicher Natur, fanden stets nur in Verbindung mit konservativ-bürgerlichen und/oder moderat-islamischen Positionen Eingang in den politischen Prozess.<sup>44</sup>

<sup>43</sup> Svante E. Cornell/Halil Magnus Karaveli, *Prospects for a 'Torn' Turkey: A Secular and Unitary Future?*, Washington, D.C.: Central Asia-Caucasus Institute & Silk Road Studies Program, Oktober 2008 (Silk Road Paper), S. 53, <[www.silkroadstudies.org/new/docs/silkroadpapers/0810Turkey.pdf](http://www.silkroadstudies.org/new/docs/silkroadpapers/0810Turkey.pdf)>; Übersetzung vom Autor.

<sup>44</sup> Vgl. für die Anfänge des Liberalismus in der Türkei Aygün Keser, *Liberale versus starker Staat? Der Liberalismus von den Anfängen im Osmanischen Reich bis zum Ende der 1. Türkischen Republik*, Hamburg 2004.

## Interventionsmacht Staatselite?

Nachdem der laizistisch-kemalistische Block 1950 mit dem Übergang zu einem funktionierenden Mehrparteiensystem seine Monopolstellung verloren hatte, stützte er seine Dominanz in Politik und Gesellschaft vor allem auf drei staatliche Institutionen: die Streitkräfte, die hohe Justiz und die Universitäten. Mit ihrer Hilfe sollte die »kulturelle Hegemonie« des Kemalismus gegen den religiös geprägten Konservatismus der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt werden. Viele Angehörige dieser Institutionen sehen auch heute noch darin deren wesentliche Aufgabe. Sie können ihr im Zuge der sich festigenden AKP-Herrschaft jedoch nur noch begrenzt nachkommen.

Wenngleich die Rolle der Universitäten nicht unterschätzt werden sollte, fielen sie in ihrer Bedeutung als Systempromotoren und -stabilisatoren doch deutlich hinter die beiden anderen Bastionen des Kemalismus zurück. Das gilt besonders, seit Staatspräsident Abdullah Gül bei der Ernennung von Universitätsrektoren und bei der Besetzung des Obersten Hochschulrats (YÖK) aus den ihm vorgelegten Auswahllisten eher Kandidaten ernennt, die der AKP genehm sind. So soll es Presseberichten zufolge unter den von Gül ernannten Universitätsrektoren inzwischen eine Mehrheit von Befürwortern des *türban* geben.<sup>45</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung bilden heute das Militär und die hohe Justiz den institutionellen Kern des laizistischen Lagers. Dabei nimmt das Militär insofern eine Sonderrolle ein, als es nicht nur im Besitz der effektivsten Machtmittel ist, sondern auch als selbsternannter »Hüter der Republik« nach wie vor von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.<sup>46</sup> Zahlreichen Umfragen zufolge ist die Armee immer noch mit großem Vorsprung die in der türkischen Gesellschaft am höchsten geschätzte Institution. Sie mag zwar in den Augen vieler den Ruf

<sup>45</sup> Vgl. »Pro-headscarf Rectors Reach Critical Mass«, *Turkish Daily News*, 15.8.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=635503>> (eingesehen am 11.3.2009).

<sup>46</sup> So erklärte der Generalstab in dem berüchtigten »e-Memorandum« vom 27.4.2007 (s. S. 19) selbst, dass das Militär in der Debatte über den Laizismus Partei sei und seine Aufgabe im Schutz der laizistischen Republik sehe. Er stellte sich damit eindeutig gegen die AKP und ihren Präsidentenkandidaten Abdullah Gül.

der Überparteilichkeit eingebüßt haben, doch wird sie nach wie vor durchweg als integer angesehen. Daran ändert auch nichts, dass sie ihren Machtanspruch in der Türkei bisher durch drei direkte und zwei eher verdeckte Putsche bzw. Putschversuche durchgesetzt hat und seit dem Sommer 2008 im Zuge des »Ergenekon«-Prozesses (siehe unten S. 19ff) stark ins Zwielicht geraten ist.<sup>47</sup>

Allerdings hat die Fähigkeit der Armeeführung zur innenpolitischen Intervention in den Jahren der AKP-Herrschaft spürbar gelitten, und in jüngster Zeit sind auch auf ihr öffentliches Ansehen Schatten gefallen. Medien und Politik in der Türkei scheuen neuerdings nicht mehr davor zurück, das Militär offen zu kritisieren. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die im Rahmen des Beitrittsprozesses an Ankara gerichtete Forderung der EU, das politische Gewicht der türkischen Streitkräfte substantiell zu reduzieren und deren Rolle in der Gesellschaft an die in der Union üblichen Standards anzugleichen.

Dies ermöglichte der AKP, im Zuge ihrer umfassenden, von der EU induzierten Reformpolitik im Sommer 2003 auch die institutionelle Stellung der Armee durch eine Reform des Nationalen Sicherheitsrats (MGK) rigoros zu beschneiden.<sup>48</sup> Die Militärführung musste dies, wenn auch widerwillig, hinnehmen, da die Regierung Erdoğan zu dieser Zeit wegen der durch sie angestoßenen Reformlawine im Inneren wie auch im europäischen Ausland auf einer Welle der Sympathie schwamm. Den Streitkräften blieb damit jegliche Legitimation für drastische Gegenmaßnahmen vorenthalten.

<sup>47</sup> Vgl. generell zur politischen Rolle des türkischen Militärs Gareth Jenkins, *Context and Circumstance: The Turkish Military and Politics*, Oxford 2001 (Adelphi Paper 337). Das ungebrochen hohe gesellschaftliche Ansehen der Armee erklärt sich vor allem aus dem Mythos der türkischen Nation als »Militärnation«, vgl. Ayşe Gül Altınay, *The Myth of the Military Nation. Militarism, Gender and Education in Turkey*, New York 2004.

<sup>48</sup> Vgl. für eine Darstellung und, eher skeptische, Einschätzung der Wirkung dieser Reformen Linda Michaud-Emin, »The Restructuring of the Military High Command in the Seventh Harmonization Package and Its Ramifications for Civil-Military Relations in Turkey«, in: *Turkish Studies*, 8 (März 2007) 1, S. 25–42.

Wie groß die Unzufriedenheit über diese Situation im Militär war, zeigten dann Berichte im Nachrichtenmagazin *Nokta* im März 2007, denen zufolge Mitglieder der obersten Militärführung ab dem Sommer 2004 über Putschplänen brüteten. Folgt man den Erkenntnissen der Zeitschrift, die sich auf ein angebliches Tagebuch des seinerzeitigen Marinekommandeurs Admiral Özden Örnek stützten, soll nur der entschiedene Widerstand des damaligen Generalstabschefs Hilmi Özkök den Staatsstreich verhindert haben. Auch danach sollen hohe Militärs, vor allem der Kommandeur der Gendarmerie Şener Eruygur, weiter Umsturzpläne verfolgt haben, die sich aber zerschlugen. Diese Darstellungen wurden nie bestätigt, aber auch nicht eindeutig widerlegt. Die angeblichen Verschwörungen zu einem Staatsstreich sind auch Gegenstand der Ermittlungen im Fall »Ergenekon«. *Nokta* musste nach rechtlichen Schritten, die das Militär gegen das Magazin eingeleitet hatte, sein Erscheinen einstellen.<sup>49</sup>

Die ab Frühjahr 2005 einsetzende Abkühlung in den Beziehungen zur EU und die Annäherung des AKP-Diskurses an das zunehmend nationalistische öffentliche Klima verhinderten auch im Folgenden, dass das Militär einen Vorwand für ein härteres Vorgehen gegen die Regierung und die AKP hätte finden können. Es wurde vielmehr deutlich, dass Ministerpräsident Erdoğan jede offene Konfrontation vermeiden wollte. In der Öffentlichkeit verstärkte sich in der Folge der Eindruck, dass die AKP-Regierung keine über die Reformen vom Sommer 2003 hinausgehenden Maßnahmen ergreifen wollte, um das Militär zu »zivilisieren« oder zu demokratisieren. Oberflächlich betrachtet, schien es zunächst so, dass sich die Armeeführung gegen die Regierung durchgesetzt hatte und diese nunmehr wieder vorsichtiger agierte.<sup>50</sup>

Die Krise um die Präsidentenwahl im Frühjahr 2007, als der Generalstab mit einem auf seiner Homepage veröffentlichten Memorandum, dem sogenannten »e-Memorandum«, den Erfolg des AKP-Kandidaten Abdullah Gül verhindern wollte, zeigte jedoch, dass

Erdoğan keineswegs bereit war, vor dem Druck des Militärs zu kapitulieren. Er setzte vielmehr für den 22. Juli 2007 vorgezogene Neuwahlen zur Nationalversammlung an. Der Wahlsieg der AKP mit 46,6 Prozent der Stimmen offenbarte, dass das selbstbewusstere Auftreten der Militärführung seit Mitte 2006 unter dem neuen Generalstabschef Yaşar Büyükanıt die Machtposition der Armee nicht konsolidiert hatte. Die anschließende Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten und seine vorsichtigen Schritte zur Stärkung des konservativen Lagers in den staatlichen Institutionen deuteten vielmehr darauf hin, dass der militärische Einfluss im politischen Leben der Türkei zwar immer noch groß, aber weiter rückläufig ist.

Gegenwärtig hat das Militär eingesehen, dass ihm außer gelegentlichem verbalem Säbelrasseln kaum eine effektive legitime Möglichkeit verbleibt, dem Agieren der AKP-Regierung Einhalt zu gebieten. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat es sich während des gesamten Verbotsverfahrens gegen die AKP ebenso äußerste Zurückhaltung auferlegt wie bei der Kontroverse um das Kopftuchverbot. Damit sollte vermutlich jeglicher Anschein einer heimlichen Komplizenschaft von Militär und Justiz gegen die AKP vermieden werden. Allerdings ist der Armeeführung dieses Verhalten sicher auch durch die Erwartung erleichtert worden, dass die hohe Justiz der Türkei in beiden Fällen an ihrer etablierten Linie der republikschutzorientierten Rechtsprechung festhalten würde. Und diese Erwartung wurde ja auch nicht enttäuscht.

Vor allem in Anbetracht dieser beiden spektakulären Urteile mag in der türkischen Öffentlichkeit der durchaus zutreffende Eindruck vorherrschen, dass die laizistisch-kemalistischen Staatsinstitutionen zusammen gegenwärtig immer noch imstande sind, die Interessen der Verteidiger des etablierten Systems und der liberal-demokratischen Kräfte gegen die religiös-konservative Herausforderung zu sichern. Allerdings sind diese Institutionen, insbesondere die Armee, nicht mehr stark genug, die Regierung aus dem Amt zu drängen. Zumindest nicht, solange diese keine offen proislamistische systemverändernde Politik betreibt und die wirtschaftlichen Erwartungen der breiten Masse befriedigen kann.

Allerdings könnte sich die Kräftekonstellation weiter zuungunsten der Staatselite verschieben, wenn sich in einem laufenden, politisch höchst spektakulären Strafprozess herausstellen sollte, dass hohe Militärs und andere führende Persönlichkeiten des laizistischen Lagers seit Jahren systematisch das Recht gebrochen haben, um die Grundlagen der kemalisti-

<sup>49</sup> Vgl. Emre Aköz, »Der Krieg um das Çankaya Palais«, in: Konrad-Adenauer Stiftung (Hg.), *Die Rolle der Türkei als Vermittler zwischen Ost und West* (21. Deutsch-Türkisches Journalisten-seminar), Ankara 2007, S. 119–135 (120–122), <[www.konrad.org.tr/Journalismus%20dt/Akoz-alm.pdf](http://www.konrad.org.tr/Journalismus%20dt/Akoz-alm.pdf)>, und »Brisanter Bericht über Putschpläne der türkischen Militärführung«, *Neue Zürcher Zeitung*, 25.4.2007, S. 4.

<sup>50</sup> So argumentiert auch Ümit Cizre, »The Justice and Development Party and the Military: Recreating the Past after Reforming It?«, in: dies. (Hg.), *Secular and Islamic Politics* [wie Fn. 20] S. 132–171 (144–160).

schen Republik gegen jede politische Herausforderung, vor allem aus religiösen und separatistischen Kreisen, zu schützen. Der sogenannte »Ergenekon«-Prozess birgt enormen politischen Sprengstoff.

Gegenstand dieses Prozesses, der seit Mitte Oktober 2008 vor einem Strafgericht in der Nähe von Istanbul verhandelt wird, ist der Vorwurf, dass eine Reihe von aktiven und ehemaligen Militärs und Geheimdienstmitarbeitern, Journalisten, Rechtsanwälten, Hochschullehrern und Kriminellen eine terroristische Vereinigung gegründet haben mit dem Ziel, durch politische Morde und Attentate öffentlichen Aufruhr und eine solch starke allgemeine Verunsicherung zu verursachen, dass ein erneuter Militärputsch unumgänglich würde.<sup>51</sup>

In bisher zehn Verhaftungswellen wurden im Laufe der noch anhaltenden Ermittlungen immer wieder pensionierte hohe Offiziere, prominente kemalistische Journalisten, Angehörige des Sicherheitsapparats und bekannte kemalistische Hochschullehrer festgenommen. Im Januar 2009 wurde gar die Wohnung eines ehemaligen Generalstaatsanwalts durchsucht. Im Zuge der Festnahmen und Durchsuchungen konnte die Polizei umfangreiche Waffenlager ausheben.

Das »Ergenekon«-Verfahren verschärft die ohnehin schon zu beobachtende ideologisch-politische Polarisierung innerhalb der türkischen Elite bei.<sup>52</sup> Während

die AKP und ihre Anhänger das Verfahren uneingeschränkt begrüßen, weil sie – wohl nicht ganz zu Unrecht – sich als Hauptziel der Verschwörung sehen, und auch liberale Kreise das Vorgehen der Justiz im Kern positiv beurteilen, wird es im laizistisch-kemalistischen Lager, insbesondere von der CHP-Führung, als ein Rachefeldzug der AKP gegen all jene Kräfte in den staatlichen Institutionen dargestellt, die der islamistischen Machtergreifung (noch) im Wege stehen. Diese Spaltung der politischen Szenerie spiegelt sich auch in der Medienwelt: Der AKP nahestehende Zeitungen berichten weitaus ausführlicher (und spekulativer) über den Fall als zum Beispiel die eher regierungskritischen Medien des Doğan-Konzerns, während die kemalistische *Cumhuriyet* weitgehend der CHP-Argumentation folgt.<sup>53</sup>

Jenseits dieser eher kurzfristigen Folgen für den inneren politischen Frieden hat der »Ergenekon«-Prozess das Potential, die Machtbalancen in der Türkei durchgreifend zu erschüttern. Es ist das erste Mal in der neueren Geschichte der türkischen Rechtsprechung, dass die Justiz nach den oberen Rängen des kemalistischen Blocks greift. Mit der Festnahme von pensionierten Vier-Sterne-Generälen, darunter des ehemaligen Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrats, eines früheren Generalstaatsanwalts und eines ehemaligen YÖK-Vorsitzenden verlieren staatliche Institutionen, die bisher allgemein für sakrosankt gehalten wurden, den Nimbus der Unantastbarkeit. Das kann für das Vorhaben, zivile demokratische Standards zu etablieren, durchaus nützlich sein.

In jedem Fall ist es ein Indiz dafür, dass sich auf den unteren Ebenen der Strafjustiz entweder ein verstärktes rechtsstaatliches Bewusstsein im Sinne der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz durchzusetzen beginnt oder dass diese Teile des Justizapparats zunehmend von Anhängern des religiös-konservativen Lagers durchdrungen werden, die aufgrund der durch sieben Jahre AKP-Herrschaft veränderten machtpolitischen Konstellationen auch vor dem Griff nach den

51 Vgl. Grenville Byford, »The »Deep State« on Trial«, *Newsweek*, 28.10.2008, <[www.newsweek.com/id/166184](http://www.newsweek.com/id/166184)>. Der Name »Ergenekon« taucht in Selbstbeschreibungen des Netzwerks auf und erinnert an einen von nationalistischen Kreisen besonders geschätzten Gründungsmythos der Turkvölker und ihrer Herrschaft. Dieser Mythos betont besonders die Unabhängigkeit und daraus resultierende Stärke der »Urtürken« als wesentliche Voraussetzung ihrer » Eroberungen« auf dem Weg aus den Tiefen Zentralasiens nach Westen. Eine besondere Rolle nimmt darin die »Graue Wölfin« ein, das (inoffizielle) Symbol radikal-nationalistischer politischer Gruppierungen, die insbesondere in den gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen der späten 1970er Jahre eine wesentliche Rolle spielten

52 Vgl. Lale Saniibrahimoğlu, »Investigations Deepens Division within Turkey«, *Eurasia Daily Monitor*, 6 (14.1.2009) 8, <[www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=34348&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=407&no\\_cache=1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=34348&tx_ttnews%5BbackPid%5D=407&no_cache=1)>, und Emrullah Uslu, »Politicization in the Turkish Judiciary System Deepens«, *Eurasia Daily Monitor*, 6 (13.1.2009) 7, <[www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=34345&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=407&no\\_cache=1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=34345&tx_ttnews%5BbackPid%5D=407&no_cache=1)> (jeweils eingesehen am 11.3.2009).

53 So ist es kein Zufall, dass die bisher umfassendste englischsprachige Übersicht über den Fall in einem laufend fortgeschriebenen Dossier der regierungsnahen *Today's Zaman* erscheint, vgl. »Ergenekon File«, *Today's Zaman*, <[www.todayszaman.com/tz-web/](http://www.todayszaman.com/tz-web/)> (eingesehen am 11.3.2009).

Spitzen des laizistischen Lagers nicht mehr zurückschrecken.<sup>54</sup> Es könnte auch beides zutreffen.

Bezeichnend ist die bisherige Reaktion der Armee. Der Generalstab hat sich nicht getraut, der Justiz bei der Verhaftung von pensionierten hohen Militärs oder niederrangigen aktiven Offizieren in den Arm zu fallen.<sup>55</sup> Das rechtsstaatlich nicht zu beanstandende Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden wurde zum Erstaunen der Öffentlichkeit von Seiten der Streitkräfte akzeptiert. Allerdings gab es ein rasches und umfassendes Krisenmanagement: Die gesamte Militärführung konferierte Anfang Januar 2009 sechs Stunden über die jüngsten Verhaftungen, danach suchte Generalstabschef İlker Başbuğ Ministerpräsident Erdoğan und anschließend Staatspräsident Gül zu Gesprächen über »die aktuelle Situation« auf. Über die Beratungen wurde nichts verlautbart. Doch erklärte ein Armeesprecher, die Streitkräfte seien bereit, mit den Strafverfolgungsbehörden rückhaltlos zu kooperieren; gleichzeitig kritisierte er aber, der Rechtsgrundsatz eines fairen Verfahrens sei durch die jüngsten Vorfälle und ihre öffentliche Kommentierung verletzt worden. Vier Tage nach der Verhaftung wurden die Ex-Generäle wieder auf freien Fuß gesetzt.<sup>56</sup>

Allerdings ist der »Ergenekon«-Fall durch Verhaftungen, die auch danach noch erfolgten, und einige nur schwer nachprüfbare spektakuläre Aussagen von angeblichen Angehörigen des Netzwerks immer unüberschaubarer geworden. Schon jetzt lässt sich indes

feststellen, dass der Prozess in die bisher fein austarierte Balance zwischen AKP-Regierung und laizistischen staatlichen Institutionen eingreift.<sup>57</sup> Offen ist hierbei aber, ob dieser Umstand auch zu einer weiteren allgemeinen Demokratisierung und Liberalisierung des türkischen politischen Lebens führen wird. Für eine Antwort auf diese Frage ist es noch zu früh, denn auch der »Ergenekon-Prozess« könnte angesichts der damit verbundenen Imponderabilien in den Mühlen der türkischen Justiz noch bis zur Unkenntlichkeit vermahlen werden, wie es schon früher mit einigen ähnlich brisanten Fällen organisierter Kriminalität mit Verbindungen zur Politik und zum Staatsapparat geschehen ist.<sup>58</sup>

<sup>54</sup> So halten sich seit längerem in kemalistischen Kreisen Anschuldigungen, dass insbesondere die Gülen-Bewegung ihren Einfluss dazu nutzt, gezielt »moderne Muslime« in allen Bereichen des Staatsapparats, insbesondere aber im Justiz- und Sicherheitssektor zu plazieren, siehe »Police Forces Alleged to Be under Gülen«, *Hürriyet Daily News*, 16.1.2009, <<http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=10786680&tarih=2009-01-16>> (eingesehen am 11.3.2009). Die religiöse Bewegung von Fetullah Gülen ist eine national-türkische Organisation des modernen Sufismus, der ein erheblicher klandestiner Einfluss in vielen Bereichen der türkischen Gesellschaft und Politik nachgesagt wird, vgl. Bill Park, »The Fetullah Gulen Movement«, in: *Middle East Review of International Affairs*, 12 (September 2008) 3, <[www.merajournal.com/en/asp/journal/2008/december/park/8.pdf](http://www.merajournal.com/en/asp/journal/2008/december/park/8.pdf)>.

<sup>55</sup> Vgl. Grenville Byford, »Trial of the »Deep state««, *Newsweek*, 9.1.2009, <[www.newsweek.com/id/178767](http://www.newsweek.com/id/178767)>.

<sup>56</sup> Vgl. »Turkish Army Says Helping with Ergenekon Probe, Slams Procedure«, *Hürriyet Daily News*, 16.1.2009, <<http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=10791602&tarih=2009-01-16>> (eingesehen am 16.1.2009), und Hüseyin Gülerce, »The Emergence of the TSK from Ergenekon«, *Today's Zaman*, 16.1.2009, <[www.todayszaman.com/tz-web/yazarDetay.do?haberno=164217](http://www.todayszaman.com/tz-web/yazarDetay.do?haberno=164217)>.

<sup>57</sup> Vgl. Halil M. Karaveli, »Turkey Divided over the Meaning of the Ergenekon Conspiracy«, in: *The Turkey Analyst*, 2 (16.1.2009) 1, S. 3–6, <[www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2009/090116-TRA.pdf](http://www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2009/090116-TRA.pdf)>, und Daniel Steinvorth, »Mammutprozess gegen türkischen Geheimbund wird zum Polit-Krimi«, *Spiegel-Online*, 24.1.2009, <[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,603266,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,603266,00.html)>.

<sup>58</sup> Vgl. Hermann, *Wohin geht die türkische Gesellschaft?* [wie Fn. 11], S. 233–249.

## Die »nationale Dimension« des Kulturkampfes: Kurden und andere Minderheiten

Doch nicht nur der Streit um das Laizismusprinzip und der Skandal um kriminelle Organisationen des »tiefen Staates«, die zur Rettung der kemalistischen Republik vor islamistischer Unterwanderung angetreten sind, beschäftigen und spalten die türkische Öffentlichkeit. Auch der türkische Nationalismus wirft einen tiefen Graben in der türkischen Bevölkerung auf. »Nationale« Themen und eine nationalistische Rhetorik gehören zum Alltag des politischen Diskurses in der Türkei, nationale Symbole zum selbstverständlichen Erscheinungsbild des Landes. Dahinter verbirgt sich ein immer noch andauernder Prozess der identitären Findung und Selbstvergewisserung: Die Fragen »Wer ist ein Türke?« und »Was konstituiert die türkische Nation?« sind nach wie vor umstritten.<sup>59</sup>

Die AKP-Politik in diesen Fragen ist schwankend und ohne erkennbare Linie. Mal nähert sie sich dem europäischen Mainstream an, der die Akzeptanz und die Schutzwürdigkeit einer pluralistischen, multiethnischen und multikulturellen gesellschaftlichen Realität propagiert, mal neigt sie der etablierten nationalistischen Position zu und scheint für die Verteidigung eines kulturell und ethnisch homogenen Nations- und Staatsideals einzutreten, in dem Minderheiten als gesellschaftlich relevante Kategorie keinen Platz haben.

In diesem Punkt sind die Anhänger des religiöskonservativen Lagers und die laizistischen Kemalisten häufig nah beieinander. Die insbesondere in der Zeit der kemalistischen Einparteienherrschaft betriebene Politik der nationalen Homogenisierung machte nämlich den türkischstämmigen sunnitischen Muslim zum »typischen Türken«. Bis heute werden deshalb nicht-muslimische, nicht-türkischstämmige Staatsbürger der Republik seitens des Staates und der Mehrheit der Bevölkerung, das heißt auch der Mehrheit der AKP-Wähler, nicht als gleichberechtigte Bürger der

Türkei angesehen.<sup>60</sup> Von Nationalisten werden sie in der Regel sogar als heimliche Feinde der Türkei betrachtet und zum Teil verfolgt. Die nicht-muslimischen Glaubensgemeinschaften werden nicht als Kirchen anerkannt, sondern unterliegen dem Stiftungsrecht. Dieses wird von den zuständigen Behörden äußerst restriktiv gehandhabt. Jüngste Reformen vom Frühjahr 2008 haben daran kaum etwas geändert.<sup>61</sup>

Kein Wunder, dass eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung zum Umgang mit dem »Fremden/Anderen«, die eine Zunahme von Intoleranz gerade in der anatolischen Bevölkerung konstatierte, von konservativer Seite heftig kritisiert wurde.<sup>62</sup> Vom türkischen Mainstream abweichende Meinungen zur nationalen Identität werden, außer von den betroffenen Minderheiten, im Wesentlichen nur in großstädtischen liberalen Kreisen geäußert. Sie finden aber durchaus Eingang in die Mehrzahl der türkischen Medien.

Die Haltung der AKP und ihrer Regierung in dieser Frage ist vor allem von Opportunismus geprägt. Zwar bemühte sich Erdoğan im Wahlkampf 2007 um die Stimmen der Aleviten, der Anhänger einer heterodox-islamischen Gemeinschaft, die etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen soll und deren Angehörige als treue Gefolgsleute laizistischer Gruppierungen und Parteien gelten, indem er einige prominente Aleviten auf aussichtsreiche Listenplätze der AKP

<sup>59</sup> Vgl. Doğu Ergil, »Turkey Divided over Identity Nationalism«, *Turkish Daily News*, 12.2.2007, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=599547>> (eingesehen am 11.3.2009), und Rainer Hermann, »Das einigende Band«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.5.2008, S. 12.

<sup>60</sup> Vgl. Cengiz Günay, »Flags against Fears and Uncertainties«, in: *Turkish Policy Quarterly*, 5 (Winter 2006/07) 4, S. 41–55, und Cengiz Aktar, »All Citizens Except Non-Muslims«, *Turkish Daily News*, 2.8.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=634701>> (eingesehen am 11.3.2009).

<sup>61</sup> Vgl. Dilek Kurban, *TESEV Legal Opinion: The Draft Law on Foundations Does Not Solve the Problems of Non-Muslim Foundations*, Istanbul 2007.

<sup>62</sup> Vgl. Halil M. Karaveli, »Turkish Society Increasingly Marked by Intolerance to »the Other««, in: *The Turkey Analyst*, 2 (30.1.2009) 2, S. 6–9, <[www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2009/090130B.html](http://www.silkroadstudies.org/new/inside/turkey/2009/090130B.html)>, und Sevim Songün, »Others«, »Us« and Little in between«, *Hürriyet Daily News*, 22.12.2008, <<http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=10617052&tarikh=2008-12-22>> (eingesehen am 3.3.2009). Die mit Unterstützung des türkischen Büros der Open-Society-Stiftung an der Bosphorus-Universität unter der Leitung von Prof. Binnaz Toprak erstellte Studie ist bis jetzt nur auf Türkisch verfügbar: Binnaz Toprak u.a., *Türkiye'de Farklı Olmak* [Anders sein in der Türkei], Istanbul 2008.

setzte.<sup>63</sup> Nach dem großen Wahlerfolg unternahm die Regierung jedoch keine entscheidenden Schritte, um die staatlich geschützte Monopolsituation des sunnitischen Islam zu beseitigen: Der Zwang für alevitische Kinder zum Besuch des sunnitisch geprägten Religionsunterrichts blieb trotz anderslautender Gerichtsurteile bestehen.<sup>64</sup> Die Einbeziehung alevitischer Gebetshäuser (*cem eviler*) in die bei sunnitischen Moscheen übliche staatliche Finanzierung unterblieb<sup>65</sup> ebenso wie die Berücksichtigung des Alevismus in der Arbeit des *Diyanet*.

Alevitische Organisationen äußerten ihren Unmut über die Passivität der Regierung und der Abgeordnete Reha Çamuroğlu trat als Berater des Ministerpräsidenten für »alevitisches Fragen« zurück. Nachdem es im November 2008 zu einer großen öffentlichen Protestaktion der Aleviten in Ankara gekommen war, lenkte die AKP-Regierung jedoch ein und erklärte erneut ihre Absicht, den Anliegen der religiösen Minderheit Rechnung tragen zu wollen.<sup>66</sup> Viele Beobachter fragen sich aber, ob das nunmehr ein tatsächlicher Politikwechsel mit entsprechenden Konsequenzen auch für die Arbeit von *Diyanet* ist oder bloß ein erneutes wahltaktisches Manöver angesichts der Ende März 2009 bevorstehenden Kommunalwahlen, bei denen die alevitischen Stimmen sicher hilfreich wären, um letzte CHP-Hochburgen wie Izmir für die AKP zu gewinnen.

Ähnlich ambivalent ist die Haltung der Regierung Erdoğan gegenüber nicht-muslimischen Glaubens-

gemeinschaften.<sup>67</sup> Das Prinzip der Religionsfreiheit wird immer wieder betont ebenso wie das im Vertrag von Lausanne fixierte Recht der nicht-muslimischen Minderheiten. In der Praxis unternimmt die Regierung jedoch kaum etwas, um das äußerst restriktive Vorgehen der für diese Gruppen zuständigen staatlichen Stellen im Innenministerium und des Direktors für das Stiftungswesen zu ändern.<sup>68</sup>

So bleibt die Frage der Wiedereröffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der im Marmarameer vor Istanbul liegenden Insel Heybeliada (Halki) seit Jahren in der Schwebe. Die übernationale Stellung des Ökumenischen Patriarchats der griechisch-orthodoxen Kirche in Fener (Istanbul) wird seitens des türkischen Staates mit kaum nachvollziehbaren politischen Argumenten verneint,<sup>69</sup> und auch nach der Änderung des Gesetzes über die ausländischen Stiftungen unterlässt es die Regierung, den vor Jahrzehnten enteigneten Immobilienbesitz des Patriarchats zurückzuerstatten. Das immer noch geltende Verbot, nicht-türkische Staatsbürger als Priester einzusetzen, führt angesichts der drastisch gesunkenen Zahl griechisch-orthodoxer türkischer Staatsbürger zu einem schleichenden Ende der Präsenz dieser Kirche in der Türkei.<sup>70</sup>

Die vergleichbar restriktive Behandlung der armenischen und jüdischen Gemeinden und der wenigen verbliebenen urchristlichen Gemeinden im türkisch-syrischen Grenzgebiet<sup>71</sup> ist ein klares Indiz dafür, dass

63 Vgl. zu den Aleviten in der Türkei (die nichts mit den Alawiten Syriens gemein haben) Shankland, *The Alevis in Turkey* [wie Fn. 42].

64 Vgl. »Religious Education Should Not Be Compulsory, Says Top Court«, *Turkish Daily News*, 5.3.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=625347>>, und »Minister Says Impossible to Make Religion Course Elective«, ebd., 11.3.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=625760>> (beide eingesehen am 22.1.2009).

65 Vgl. Ercan Yavuz, »Religious Affairs Directorate Closes Doors to Cemevis«, *Today's Zaman*, 11.4.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=138706](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=138706)>.

66 Vgl. Göksel Bozkurt, »Alevis Coming Closer to Government Recognition«, *Hürriyet Daily News*, 27.11.2008, <<http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=10449197&tarih=2008-11-27>> (eingesehen am 11.3.2009), und »Gov't, Community Leaders Agree on Alevi Roadmap«, *Today's Zaman*, 8.12.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=160937](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=160937)> (eingesehen am 22.1.2009).

67 Vgl. Gabriel Goltz, »The Non-Muslim Minorities and Reform in Turkey«, in: Kieser (Hg.), *Turkey Beyond Nationalism*, [wie Fn. 35], S. 175–182, und Hermann, *Wohin geht die türkische Gesellschaft?* [wie Fn. 11], S. 218–227.

68 Einen guten Überblick über Recht und Praxis türkischer Minderheitenpolitik gibt Arndt Künnecke, *Eine Hürde auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft? – Der unterschiedliche Minderheitenbegriff der EU und der Türkei*, Hamburg 2007 (Schriften zur Europapolitik, Bd. 7), S. 174–199.

69 So behaupten nationalistische Zirkel unwidersprochen, dass durch eine Anerkennung der Entstehung eines griechisch-orthodoxen »Vatikans« mit extraterritorialer Stellung Vorschub geleistet würde, was einem Aufbrechen des einheitlichen türkischen Nationalstaats gleichkäme. Vgl. zum Gesamtkomplex der griechisch-orthodoxen Kirche in der Türkei auch Mehmet Ali Gökaçtı/Elçin Macar, *Discussions and Suggestions on the Future of the Halki Seminary*, Istanbul 2005.

70 Vgl. Tino Andresen, »Die Angst der Minderheiten vor dem Aussterben«, in: *Handelsblatt*, 8.12.2008, <[www.handelsblatt.com/politik/international/die-angst-der-minderheiten-vor-dem-aussterben;2105098](http://www.handelsblatt.com/politik/international/die-angst-der-minderheiten-vor-dem-aussterben;2105098)>.

71 Vgl. »Christian Monastery in Turkey Fights to Keep Land«, *Today's Zaman*, 22.1.2009, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=164773](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=164773)>.

staatlicherseits, aber auch in der türkischen Bevölkerung Angehörige nicht-muslimischer Glaubensgemeinschaften nicht als Türken, sondern als »einheimische Fremde« und damit als potentielle Gefährder der Einheit der Republik angesehen werden.

Vor diesem Hintergrund kann nicht davon gesprochen werden, dass die auch in der türkischen Verfassung garantierte Religionsfreiheit (Art. 24) bereits in einem europäischen Sinn verwirklicht worden sei und/oder staatlicherseits garantiert würde. Doch die Defizite beziehen sich nicht nur auf die Rechte nicht-muslimischer Gläubiger, sondern genauso auf das Recht der Ungläubigen jeglicher Provenienz, ihren Agnostizismus ohne rechtliche oder gesellschaftliche Diskriminierung zum Ausdruck bringen zu können. Nicht das »Kopftuch« ist der Lackmustest für den türkischen Laizismus, sondern der Abfall vom Islam. Davon jedoch, diesen zu tolerieren und den Konvertiten oder Agnostiker zu schützen, ist der türkische Staat, und gerade auch die AKP, noch meilenweit entfernt.

Politisch eine weitaus größere Bedeutung hat jedoch der Gegensatz von türkischem und kurdischem Nationalismus. Er ist letztlich die Folge der seit Gründung der Republik konsequent betriebenen Ausgrenzung kurdischer kultureller, gesellschaftlicher und politischer Identität aus dem Mainstream der Republik. Über Jahrzehnte gab es in der Türkei offiziell keine Kurden. Für einige Jahre nach 1980 gab es sogar ein gesetzliches Sprachverbot für Kurdisch. Kurdische Revolten gegen diese Staatspolitik wurden als gegenrevolutionäre oder separatistische Bestrebungen seit den 1920er Jahren vom Staat mit militärischen Mitteln immer wieder gewaltsam unterdrückt.<sup>72</sup>

Der kurdische Nationalismus erhielt in den letzten Jahrzehnten vor allem durch den Kleinkrieg der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, gegen den türkischen Staat wieder Aufwind. Die PKK begann Ende der 1970er Jahre als linkssozialistische Studentenorganisation mit dem Vorsatz, die kurdische Feudalordnung im Südosten der Türkei zu beseitigen. Aufgrund der unnachsichtigen Verfolgung durch die Staatsorgane wandelte sie sich unter der Führung von Abdullah Öcalan jedoch in kurzer Zeit in eine separatistische

Organisation, die 1984 den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat aufnahm, mit dem Ziel, einen unabhängigen kurdischen Staat zu schaffen.<sup>73</sup>

Dieser Kleinkrieg zog sich bis 1999 hin, als PKK-Führer Öcalan verhaftet wurde, und kostete nahezu 40 000 Menschenleben auf beiden Seiten. Über 3000 Dörfer mit annähernd 1,5 Millionen Menschen wurden durch die Armee entvölkert und weitgehend zerstört.<sup>74</sup> Seit Ende der 1970er Jahre bis ins Jahr 2003 standen zahlreiche Provinzen im Südosten der Türkei unter Ausnahmeverwaltung bzw. Kriegsrecht. Eine ganze Generation von Kurden wuchs in diesen Gebieten so in einem Klima staatlicher Pression auf, wenn ihre Familien es nicht vorzogen, in die westlichen Landesteile der Türkei auszuwandern. Der Graben zwischen Türken und Kurden wurde tiefer. Auf türkischer Seite spricht man offiziell nicht von gefallenen Soldaten, sondern von »Märtyrern«, die ihr Leben für die Nation im Kampf gegen »separatistische Terroristen« opferten. Auf kurdischer Seite wuchs der Hass auf das türkische Militär und verwurzelte sich ein generelles Misstrauen in alle Institutionen des türkischen Staates.

Die Lage entspannte sich zwar nach Öcalans Verhaftung, doch war das politische Klima in der Türkei so vergiftet, dass Versuche zu einer politischen Lösung des Konflikts jeweils bereits im Anfangsstadium scheiterten. Die im 3. EU-Anpassungspaket vom Sommer 2002 enthaltenen vorsichtigen Reformen, mit denen Rundfunksendungen in kurdischer Sprache und das Erlernen des Kurdischen in Privatschulen erlaubt wurden, erwiesen sich als isolierte Maßnahmen mit Placebo-Effekt und nicht als Anlauf zu einer durchdachten und umfassenden Kurdenpolitik.<sup>75</sup> Als die PKK dann im Herbst 2004 ihre Gewaltaktionen gegen türkische Sicherheitskräfte und zunehmend auch gegen zivile Ziele wiederaufnahm, kehrten die kemalistische Staatselite und die türkischen Nationalisten umgehend zu ihrer alten Position in der Kur-

<sup>72</sup> Vgl. für einen Überblick Martin Strohmeier/Lale Yalçın-Heckmann, *Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur*, München 2003, S. 92–115; David McDowall, *A Modern History of the Kurds*, London/New York 1997, S. 184–213 und 395–444, und Metin Heper, *The State and Kurds in Turkey. The Question of Assimilation*, Houndmills 2007, S. 83–176, der in Abweichung von der vorherrschenden Meinung eine staatliche Absicht zur Assimilation der Kurden bestreitet.

<sup>73</sup> Vgl. zur PKK Ismet G. Imset, *The PKK. A Report on Separatist Violence in Turkey, 1973–1992*, Ankara 1992, und Aliza Marcus, *Blood and Belief. The PKK and the Kurdish Fight for Independence*, New York 2008.

<sup>74</sup> Vgl. Dilek Kurban u.a., *Coming to Terms with Forced Migration: Post-Displacement Restitution of Citizenship Rights in Turkey*, Istanbul, August 2007.

<sup>75</sup> Vgl. Gülistan Gürbey, »Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien«, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 44 (2004) 1, S. 44–57.

denfrage zurück, wonach die Vernichtung der »Terrororganisation« das einzig adäquate Ziel sein könne.<sup>76</sup>

Diesem Druck, die Kurdenfrage vorrangig oder einzig als Sicherheitsproblem zu sehen, konnte sich letztlich auch die AKP-Regierung nicht entziehen, die eigentlich eher eine auf Ausgleich gerichtete Politik gegenüber der Bevölkerung in den kurdischen Gebieten im Südosten verfolgen wollte.<sup>77</sup> So sprach Ministerpräsident Erdoğan im Herbst 2005 erstmalig davon, dass es ein Kurdenproblem gebe und der türkische Staat im Umgang damit Fehler gemacht habe. Außerdem löste er in nationalistischen Kreisen erzürnte Reaktionen aus, als er von einer türkischen »Supraidentität« aller Staatsbürger sprach, unterhalb deren es ethnisch definierte Subidentitäten wie Kurden, Lazen, Tscherkessen oder auch Araber geben könne, ohne dass diese dadurch jedoch zu Minderheiten erklärt würden.

Diese auf Verständigung ausgerichtete Haltung führte dazu, dass die AKP bei den Parlamentswahlen im Juni 2007 in den südöstlichen Kurdenprovinzen zur stärksten Partei, noch vor den kurdischen Nationalisten von der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP), wurde. Insbesondere aus den Reihen des Militärs sah sich die Regierung jedoch unvermindert dazu gedrängt, das Problem angesichts der anhaltenden Terrorakte der PKK und der mangelhaften Kooperation seitens der kurdischen Regionalregierung im Nordirak und der dort stationierten US-Truppen durch eine Intensivierung der Militäraktionen im Südosten der Türkei zu lösen.

Als die PKK dann Anfang Oktober 2007 bei einem Überfall auf eine Militärstation dreizehn Soldaten tötete, kam es zu wütenden Reaktionen der türkischen Öffentlichkeit. Erdoğan gab dem Druck nun nach und ließ am 17. Oktober vom türkischen Parlament eine Ermächtigung verabschieden, die dem Militär für die Dauer eines Jahres zum Zweck der Bekämpfung der PKK das Vordringen auf nordirakisches Gebiet erlaubte. Als Antwort darauf überfiel die PKK in Dağlica

(Provinz Hakkâri) eine weitere Militärstation. Zwölf Soldaten wurden getötet, acht weitere von der PKK gefangen genommen. In der Folge kam es erstmalig auch im Westen der Türkei im größeren Umfang zu gewaltbegleiteten Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden.<sup>78</sup>

Angesichts der Entschlossenheit Ankaras, auf die neuerlichen PKK-Anschläge mit einem militärischen Gegenschlag zu antworten, sicherte Präsident Bush Ministerpräsident Erdoğan bei dessen Besuch in Washington am 5. November 2007 umfassende amerikanische Unterstützung, darunter auch unmittelbar verwertbare Aufklärungserkenntnisse (sog. *operative intelligence*), zu.<sup>79</sup> Die türkische Regierung sagte dafür als Gegenleistung eine strikte Begrenzung ihrer Militäraktionen auf PKK-Einrichtungen zu und schloss damit jegliche Ausweitung auf Ziele der irakischen Kurden aus. Auf dieser Grundlage begann das türkische Militär im Dezember mit ersten Luftschlägen gegen PKK-Stellungen im Nordirak. Mitte Februar 2008 fand schließlich eine einwöchige, begrenzte türkische Bodenoperation mit circa 7000 Soldaten jenseits der irakischen Grenze statt, bei der nach türkischen Angaben elementar wichtige Einrichtungen der PKK zerstört wurden.<sup>80</sup>

Die AKP vermochte es jedoch nicht, die durch diese Militäroperationen bewirkte Atempause im Kleinkrieg gegen die PKK zu einem neuen Anlauf zu nutzen, um in der Kurdenfrage neue, nicht sicherheitsbezogene Akzente zu setzen und so dem nationalen Diskurs in dieser Frage eine andere Richtung zu geben. Dazu war sie zu sehr mit sich selbst und dem sie bedrohenden Verbotverfahren beschäftigt. Nach dem Kopftuch-Debakel wäre der Versuch einer Zivilisierung des Kurdenproblems zusätzlich Wasser auf die Mühlen der national-kemalistischen Kräfte gewesen und hätte möglicherweise die Aussichten der AKP im Verbotverfahren verschlechtert.

Nachdem mit dem Urteil des Verfassungsgerichts die Existenzfrage für die AKP positiv entschieden war,

<sup>76</sup> Vgl. Heinz Kramer, *Unruhen im türkischen Kurdengebiet, Herausforderungen für die Türkei und die EU*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2006 (SWP-Aktuell 20/06).

<sup>77</sup> Vgl. zur Darstellung in den folgenden Abschnitten Ertan Efeğil, »Turkey's New Approaches toward the PKK, Iraqi Kurds and the Kurdish Question«, in: *Insight Turkey*, 10 (2008) 3, S. 53–73. Für einen Versuch, das Kurdenproblem als Konflikt zwischen einer sicherheitsorientierten und einer eher zivilpolitischen Sicht- und Verhaltensweise zu analysieren vgl. Rabia Karakaya Polat, »The Kurdish Issue: Can the AK Party Escape Securitization?«, in: *Insight Turkey*, 10 (2008) 3, S. 75–86.

<sup>78</sup> Vgl. »Turkish Public up in Arms for War«, *Briefing* (Ökonomik Basın Ajansı, Ankara), 1667 (29.10.2007), S. 2–16.

<sup>79</sup> In diesem Zusammenhang mag auch eine Rolle gespielt haben, dass die amerikanische Regierung sehr daran interessiert war, die Türkei zu besänftigen, nachdem die Annahme einer Armenier-Genozid-Resolution durch den Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses Mitte Oktober 2008 für erheblichen Unmut in der türkischen Öffentlichkeit gesorgt hatte.

<sup>80</sup> Vgl. »Ground Operation Ends, but the Debate Goes on ...«, *Briefing* (Ökonomik Basın Ajansı, Ankara), 1685 (3.3.2008), S. 2–9.

machte dann die PKK einen Strich durch alle Verständigungsbemühungen, als sie am 3. Oktober 2008 in einer größeren Aktion die Militärstation von Aktütün in der Provinz Hakkâri angriff und dabei 17 Soldaten tötete, ohne dass die Armee zu ernsthaften Gegenmaßnahmen in der Lage gewesen wäre.<sup>81</sup> Nur Tage später starben bei einem Attentat auf einen Polizeibus in Diyarbakır weitere fünf Personen. Daraufhin beschloss das Parlament mit großer Mehrheit – nur die DTP stimmte dagegen –, die Erlaubnis zum Einmarsch türkischer Truppen in den Nordirak um ein weiteres Jahr zu verlängern. Seitdem kam es zwar zu keiner türkischen Bodenoperation jenseits der Grenze, doch zu wiederholten Luftangriffen und Artilleriebeschuss auf dort gelegene PKK-Stellungen.

Der anhaltenden Dominanz des sicherheitspolitischen Aspekts im öffentlichen Diskurs über die Kurdenfrage tat es auch keinen Abbruch, dass die Armee vor und bei dem Angriff auf Aktütün große Nachlässigkeiten offenbart hatte. So war nichts getan worden, um den schon mehrfach attackierten und militärisch höchst verwundbaren Stützpunkt besser zu schützen. Während der PKK-Aktion hatte der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Babaoğlu, ein eklatantes Informationsdefizit offenbart und zudem dadurch Empörung in der Öffentlichkeit provoziert, dass er es vorzog, ein privates Golfturnier bei Antalya zu Ende zu spielen, anstatt ins Hauptquartier nach Ankara zurückzukehren.<sup>82</sup>

Die Mehrzahl der türkischen Medien übte in nie gekannter Weise Kritik an der Militärführung und machte ihr implizit den Vorwurf, am Leben der einfachen Soldaten nicht interessiert zu sein.<sup>83</sup> Die regelmäßig bei der Beerdigung von »Märtyrern« von den anwesenden, teils hochrangigen, Militärs gezeigten Beileidsbekundungen seien lediglich PR-Einsätze zur Konsolidierung des öffentlichen Ansehens der Armee und zur Aufrechterhaltung der Anti-PKK-Militanz in der türkischen Öffentlichkeit.

<sup>81</sup> Vgl. »Attack Rewrites anti-PKK Strategy«, *Turkish Daily News*, 6.10.2009, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=-638358>> (eingesehen am 27.1.2009), und Serkan Demirtaş, »Terrorism Hijacks Politics in Turkey«, *Turkish Daily News*, 7.10.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=638412>> (beide eingesehen am 27.1.2009).

<sup>82</sup> Vgl. »Media Attacks Military's Defense of Babaoğlu«, *Turkish Daily News*, 10.10.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=638583>> (eingesehen am 27.1.2009).

<sup>83</sup> Vgl. Burak Bekdil, »We'll Win the War against the PKK When ...«, *Turkish Daily News*, 8.10.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=638454>> (eingesehen am 27.1.2009).

Zwar verwahrte sich der Generalstab in einer geharnischten Erklärung gegen Unterstellungen in den Medien. Solche falschen Behauptungen seien nur der Sache der Separatisten dienlich. Und Ministerpräsident Erdoğan schloss sich dieser Kritik mit deutlichen Worten an. Doch dürfte die Aktütün-Affäre längerfristig, zumindest bei den Medien, dem Ansehen des Militärs geschadet haben.<sup>84</sup>

Gleichwohl ist gegenwärtig nicht zu sehen, dass es in der Türkei zu einem nachhaltigen Stimmungsumschwung in der Kurdenfrage kommen könnte. Die Fronten sind auf beiden Seiten verhärtet, sowohl im türkischen wie im kurdischen Lager dominiert der Nationalismus. Das gilt auch für die kurdische Partei der Demokratischen Gesellschaft, DTP, die seit den Wahlen vom Juli 2007 mit 20 Abgeordneten in der Nationalversammlung sitzt. Sie ist gespalten in eine eher PKK-orientierte und eine eher unabhängige Fraktion. Damit fällt sie aber auch als Gesprächspartner für die AKP aus, die von der Partei zuvor eine klare Distanzierung von der PKK fordert.

Hinzu kommt, dass die Haltung der DTP zur Regierung und zum türkischen Staat auch in starkem Maße von einem Verbotsverfahren beeinflusst wird, das vor dem Verfassungsgericht wegen »separatistischer Bestrebungen« gegen sie läuft. Das Urteil dürfte auf ein Verbot hinauslaufen, wenn das Verfassungsgericht an seiner bisherigen Rechtsprechung in der Kurdenfrage festhält. Ein DTP-Verbot würde die Lage im Kurdengebiet erheblich destabilisieren, könnte die PKK zu neuen größeren Aktionen bewegen und damit auch weiterhin jedes potentielle Bemühen der AKP um eine Befriedung des Konflikts nach erfolgreich bestandenen Kommunalwahlen torpedieren.

Die Lage könnte sich allenfalls ändern, wenn die nach dem Aktütün-Anschlag mühsam in Gang gekommenen Gespräche zwischen der türkischen Regierung und der Regierung in der nordirakischen Kurdenregion zu greifbaren Ergebnissen in Bezug auf eine engere Zusammenarbeit gegen die PKK führen würden. Der von der neuen US-Regierung angekündigte beschleunigte Truppenrückzug aus dem Irak schafft sowohl für Ankara als auch für Erbil neue Fakten, die eine Kooperation ratsam erscheinen lassen können. Damit es wirklich dazu kommt, setzt allerdings voraus,

<sup>84</sup> »Erdoğan Defends Military in Fight against Terror«, *Turkish Daily News*, 17.10.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=639015>>, und Mehmet Ali Birand, »Top Commander Made a Mistake«, *Turkish Daily News*, 17.10.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=639005>> (beide eingesehen am 27.1.2009).

dass der türkische Diskurs in der Kurdenfrage seinen nationalistischen Unterton verliert, der oft auch eine Nichtachtung der kurdischen Souveränität im Nordirak impliziert. Vorbedingung für eine Lösung dieses Problems bleibt aber ein Umdenken in der Identitätspolitik der Türkei: Es muss möglich werden, dass Kurden und Türken sich gleichberechtigt als Bürger der Republik fühlen können.<sup>85</sup>

Ob die Eröffnung eines ausschließlich auf Kurdisch ausstrahlenden Senders des staatlichen Fernsehens, TRT 6, am 1. Januar 2009 und die Ankündigung der Regierung, ihr gewaltiges Infrastrukturprogramm, das sogenannte Südostanatolien-Projekt, verstärkt vorantreiben zu wollen, Signale eines solchen Wandels oder nur populistische Maßnahmen im Vorfeld der Kommunalwahlen sind, muss sich noch erweisen.<sup>86</sup> Gegenwärtig jedenfalls bietet Ministerpräsident Erdoğan in der Kurdenfrage ein äußerst zwiespältiges Bild.

<sup>85</sup> Vgl. zum Problem des Diskurswandels in der Kurdenfrage auch Murat Somer, »Defensive- vs. Liberal-nationalist Perspectives on Diversity and the Kurdish Conflict: Europeanization, the Internal Debate, and *Türkiyelilik*«, in: *New Perspectives on Turkey*, 32 (2005), S. 73–91.

<sup>86</sup> Vgl. Amberin Zaman, *Winning Kurdish Hearts and Minds: The Battle Shifts to the Airwaves*, Washington, D.C.: GMFUS, 12.1.2009, <[www.gmfus.org/doc/Amberin\\_Analysis\\_Turkey\\_0109\\_Final.pdf](http://www.gmfus.org/doc/Amberin_Analysis_Turkey_0109_Final.pdf)>.

## Wohin steuern Erdoğan und die AKP?

In Anbetracht dessen, dass es derzeit keine mehrheitsfähige Alternative zur Regierungspartei gibt, wird die politische Entwicklung der Türkei in den nächsten Jahren primär davon bestimmt sein, welchen Weg die AKP einschlägt, wohin sie sich ideologisch orientieren wird. In ihrer gegenwärtigen Gestalt ist die AKP in der Türkei die einzige wirkliche Volkspartei, da sie als einzige politische Kraft mit ihrer Frauenorganisation, ihrer Jugendorganisation und ihren Stadtviertelbüros einen ständigen Kontakt zum Wähler unterhält.<sup>87</sup> Durch das differenzierte Interessenspektrum innerhalb der Partei ist gewährleistet, dass sich in der AKP radikalislamistische Positionen nicht durchsetzen können. Den breitesten gemeinsamen innerparteilichen Nenner bildet ein gemäßigter religiöser Konservatismus unter dem programmatischen Etikett der »konservativen Demokratie«.

Mit dieser Formel wird allerdings auch der religiöse Kern dieses Konservatismus camoufliert: Die Mehrheit der AKP-Anhänger und viele ihrer lokalen Funktionäre sehen die »richtige« Türkei nämlich durchaus als eine Gemeinschaft von frommen Sunniten. Sie respektieren die Republik und ihre demokratischen Grundlagen, halten auf die traditionellen Werte in der Familie und im gesellschaftlichen Zusammenleben und treten für eine weltoffene Marktwirtschaft ein, wenngleich sie es als selbstverständlich betrachten, dass politische Amtsträger ihre Parteifreunde und Sympathisanten begünstigen.

Diese Mischung aus modernen und vormodernen Denkweisen gibt Anlass zur Frage, wie liberal das Laizismus- und Demokratieverständnis der AKP tatsächlich ist. Es ist jedenfalls auffallend, wie oft im politischen Diskurs auch von AKP-Führungspersonen die Positionen der Partei mit einem Hinweis auf den »Volkswillen« gerechtfertigt werden. Zwar hat die Partei bei den Wahlen 2007 fast die Hälfte aller Stimmen erhalten, doch bedeutet das eben auch, dass die andere Hälfte der Wählerschaft der Politik und Programmatik der AKP nicht zustimmen wollte.

In diesem Anspruch, aus einer Mehrheitsposition die Legitimation zur alleinigen Repräsentation »des Ganzen« abzuleiten, zeigt sich nicht nur ein unterentwickeltes Verständnis von Politik in einer pluralistischen Gesellschaft. Es zeigt sich auch eine Affinität zum autoritären Selbstverständnis der kemalistischen Eliten, als aufgeklärte und fortschrittsorientierte Avantgarde den »unwissenden Massen« den richtigen Weg weisen zu müssen. Beide Tendenzen sind für den Demokratisierungsprozess in der Türkei ungünstig. Denn durch den umfassenden Vertretungsanspruch gerät das für pluralistische Gesellschaften unabdingbare Prinzip der ausreichenden Berücksichtigung von Minderheiteninteressen aus dem Blick: Es besteht die Gefahr eines »elektoralen Autoritarismus«. Der für die Kemalisten typische Habitus ist dagegen bereits klarer Ausdruck einer autoritären Politik, die in der Türkei jedoch (zumeist) hinter dem Schleier eines demokratischen Verfahrens praktiziert wird.

Der Eindruck, dass Vertreter und Anhänger der AKP traditionellen Moralvorstellungen eine gewisse allgemeine Verbindlichkeit zusprechen, wird durch immer wiederkehrende Vorfälle, vornehmlich in anatolischen Mittel- und Kleinstädten und AKP-dominierten großstädtischen Stadtvierteln, gefördert, zum Beispiel durch die Einschränkung des Alkoholausschanks mittels einer restriktiven Lizenzvergabe, durch tätliche Angriffe auf »unsittlich« gekleidete Personen, durch die Beschimpfung nicht-verschleierter Frauen oder durch Auseinandersetzungen zwischen muslimisch gekleideten und modern gekleideten Badenden an öffentlichen Stränden. Solche Vorkommnisse werden in der Regel von den AKP-geführten lokalen Behörden geduldet, was die Einschränkung des Alkoholausschanks oder die Durchsetzung von Fastenvorschriften im Ramadan angeht, sogar aktiv gefördert. Kritische Beobachter sehen darin einen zunehmenden gesellschaftlichen Konformitätsdruck, für den der bekannte Soziologe Şerif Mardin den Begriff

<sup>87</sup> Vgl. Güliz Dinç, »*Durmak yok, yola devam!*« *A Close Look at AKP's Election Success*, Istanbul: Friedrich-Ebert-Stiftung, 8.4.2008 (Fokus Türkei, Nr. 9), <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/05726.pdf>>.

des »Stadtviertel«- oder »Nachbarschaftsdrucks« (*mahalle baskısı*) geprägt hat.<sup>88</sup>

Doch zeigt die AKP auch Anzeichen einer politischen Ermüdung und parteipolitischen Normalisierung. Wie alle lange Zeit unangefochtenen Parteien nutzt sie sich im Laufe der andauernden Regierungsausübung ab. Der Normalisierungsprozess *à la turca* manifestiert sich vor allem in der zunehmenden Konzentration der Macht auf den Parteivorsitzenden und in den sich mehrenden Korruptionsvorwürfen gegen führende AKP-Vertreter. Die Partei war bei ihrer Gründung 2001 auch mit dem Anspruch angetreten, eine politische Kraft »neuen Typs« zu sein, in der Grundsätze der innerparteilichen Demokratie und der Transparenz besondere Beachtung fänden und in der die in den etablierten Parteien der rechten Mitte endemisch gewordene Korruption keine Chance hätte. Schon das von der Partei bevorzugte Akronym für ihren Namen, *AK Partisi*, sollte Programm sein, bedeutet *ak* doch »weiß, rein, sauber, unbefleckt«. Auch die Wahl einer Glühbirne als Parteiemblem ist in diesem Sinn zu sehen, so skurril das in deutschen Augen auch anmuten mag.

Die heutige Realität der AKP ist von diesen hehren Ansprüchen meilenweit entfernt. In der Partei werden keine Entscheidungen von politischer oder personeller Bedeutung ohne die Zustimmung des Vorsitzenden Erdoğan getroffen. Dieser hat auch die Auswahl der Kandidaten für die Wahl 2007 in allen Wahlkreisen minutiös überwacht; dasselbe geschah bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen im März 2009. Die personellen Wünsche der lokalen Parteigliederungen werden zwar zur Kenntnis genommen, aber souverän missachtet, wenn sie dem Vorsitzenden aus irgendeinem Grund nicht in seine Absichten passen. Andererseits widmet Erdoğan den Orts- und Regionalverbänden der AKP durch häufige Teilnahme an deren wichtigen Veranstaltungen viel Aufmerksamkeit und Zeit, so dass an der Basis nicht der Eindruck aufkommt, die Führung in Ankara sei abgehoben.

Problematischer für das öffentliche Bild der AKP sind aber die in letzter Zeit sich häufenden Fälle erwiesener oder behaupteter Korruption, nicht nur auf der Ebene lokaler Verwaltungen, sondern auch beim Spitzenpersonal. So musste der stellvertretende AKP-Vorsitzende Şaban Dişli im September 2008 nach

<sup>88</sup> Vgl. (mit zahlreichen Beispielen) Perihan Ügeöz, »Über den aktuellen Diskurs zum Konservatismus einerseits und Modernität fernerseits«, in: *Istanbul Post*, 29.5.2008, 5.6.2008 und 19.6.2008, <[www.istanbulpost.net/08/06/03/perihan.htm](http://www.istanbulpost.net/08/06/03/perihan.htm)> (eingesehen am 11.3.2009).

Anschuldigungen, er habe Bestechungsgeld in Millionenhöhe angenommen, seinen Platz räumen,<sup>89</sup> und der nur wenig später erfolgte Rücktritt eines anderen Erdoğan-Stellvertreters und wichtigen Repräsentanten der »Kurden-Fraktion« in der AKP, Dengir Mir Mehmet Fırat, war von Vorwürfen der Bereicherung durch illegale Exporte und Rauschgifthandel begleitet.<sup>90</sup>

Größere öffentliche Aufmerksamkeit erregte der sogenannte »Leuchtturm-Skandal«. Im September 2008 wurde die dreiköpfige Führung des deutschen Ablegers einer türkischen Wohltätigkeitsorganisation, *Deniz Feneri* (Leuchtturm) e.V., wegen der Veruntreuung von circa 20 Millionen Euro Spendengeldern, die der Verein in Deutschland bei gläubigen Muslimen gesammelt hatte, vom Landgericht Frankfurt zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. In diesem Zusammenhang wurden vor dem Gericht zwei enge Bekannte von Ministerpräsident Erdoğan als Haupttäter auf türkischer Seite bezeichnet. Türkische Medien der regierungskritischen Doğan-Holding, des größten Medienkonzerns im Land, warfen Erdoğan und der AKP daraufhin vor, als Nutznießer in den Skandal verwickelt zu sein. In einer öffentlich ausgetragenen verbalen Schlammschlacht zwischen Erdoğan und dem Medienmogul Aydın Doğan kamen in einer für die Türkei selten offenen Weise bemerkenswerte Informationen über die direkte politische Einflussnahme auf einzelne größere Geschäfte der Medienunternehmer an den Tag.<sup>91</sup>

Die politische Bedeutung dieser Vorfälle, die sich noch um weitere ergänzen ließen, liegt nicht in dem Umstand der Korruption als solcher. Dass diese in der politischen Elite endemisch ist, wissen die Türken. Das Problem ist die Reaktion Erdoğan und der AKP, die sich nicht wesentlich von der früherer Regierungsparteien in vergleichbaren Fällen unterscheidet: Hohe Parteifunktionäre und politische oder persönliche Freunde werden so lange wie möglich gegen strafrechtliche Ermittlungen geschützt. Doch damit bekommt das »Weiß« der Partei immer mehr graue

<sup>89</sup> Vgl. »Turk AKP MP Resigns over Tesco Land Bribery Claims«, *Hürriyet*, 2.9.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=9802751>> (eingesehen am 11.3.2009).

<sup>90</sup> Vgl. »Experts, Poll Find CHP More Convincing in Turkey's Debate«, *Hürriyet*, 25.9.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=9982196>> (eingesehen am 11.3.2009).

<sup>91</sup> Vgl. Soli Özel, *The Battle of the Giants*, Washington, D.C.: GMFUS, 30.9.2008, <[www.gmfus.org/doc/Soli\\_Turkey\\_Analysis\\_09292008\\_Final.pdf](http://www.gmfus.org/doc/Soli_Turkey_Analysis_09292008_Final.pdf)>.

Flecken und verliert sie an moralischem Ansehen bei ihren Anhängern.<sup>92</sup>

Schlimmer noch als diese Korruptionsvorwürfe gegen seine Partei und einzelne ihrer Vertreter traf den Ministerpräsidenten jedoch die in der türkischen Öffentlichkeit lauter werdende Klage über den Richtungswechsel der AKP von einer Reformkraft zu einem Status-quo-Garanten. Dabei wiegt besonders schwer, dass diese Kritik zuerst von Journalisten artikuliert wurde, die der Regierung eigentlich nahestehen. So war es der bekannte, zur religiösen Bruderschaft Fetullah Gülens zählende Kolumnist Fehmi Kuru, der in einer Fernsehsendung von Erdoğan sagte: »Er begann wie Obama und endet wie Bush«.

Die Wahrnehmung ist nicht ohne Substanz. Zu routiniert und durchschaubar reagierten der Ministerpräsident und andere AKP-Politiker in letzter Zeit auf politischen Widerspruch: Da verteidigt Erdoğan das Versagen des Militärs beim PKK-Angriff auf den Stützpunkt Aktütün gegen die öffentliche Kritik; da entschuldigt er einen Istanbuler, der auf demonstrierende Kurden schießt, mit dem Hinweis auf die Zulässigkeit der Selbstverteidigung; da schließt er sieben oppositionelle Journalisten aus dem beim Ministerpräsidentenamt akkreditierten Pool aus;<sup>93</sup> da erklärt er als Reaktion auf Unmutsäußerungen der Bevölkerung in einer Rede in der kurdischen Provinz Hakkâri: »Wir sagen: eine Nation, eine Flagge, ein Staat [...] Wem das nicht passt, der kann gehen, wohin er will.«<sup>94</sup> Dazu passt auch, dass Erdoğan die Mitte Dezember 2008 im Internet von mehreren hundert Intellektuellen gestartete »Entschuldigungsinitiative« gegenüber den Armeniern mit schneidenden Worten verurteilte.<sup>95</sup>

<sup>92</sup> Vgl. Stefan Hibbeler, »Die Deniz Feneri Affäre«, *Istanbul Post*, 2.10.2008, <[www.istanbulpost.net/08/10/01/dfeneri.htm](http://www.istanbulpost.net/08/10/01/dfeneri.htm)> (eingesehen am 11.3.2009), und Yusuf Kanlı, »Eroding Image of AKP«, *Turkish Daily News*, 27.9.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=638073>> (eingesehen am 11.3.2009).

<sup>93</sup> Vgl. »Erdogan erklärt kritische Journalisten für unerwünscht, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.11.2008, <[www.sueddeutsche.de/politik/843/320713/text/](http://www.sueddeutsche.de/politik/843/320713/text/)>.

<sup>94</sup> Vgl. »U-turn in AKP's Kurdish Policy«, *Hürriyet Daily News*, 10.11.2008, <<http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=10320300>> (eingesehen am 11.3.2009), und »Erdoğan Remains Firm on Call for »One Nation, One Flag«, *Today's Zaman*, 12.11.2008, S. 5, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=158492](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=158492)>.

<sup>95</sup> Vgl. Jürgen Gottschlich, »Die Türkei hat kein Verbrechen verübt«, in: *Tageszeitung*, 18.12.2008, <[www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/die-tuerkei-hat-kein-verbrechen-veruebt/](http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/die-tuerkei-hat-kein-verbrechen-veruebt/)>.

Die Häufung solcher Verhaltensweisen in den letzten Monaten des Jahres 2008 entsetzte nicht nur liberale Kreise in der türkischen Gesellschaft, sie weckte auch bei den bisherigen Befürwortern der AKP-Reformpolitik in den EU-Ländern erhebliche Zweifel am Willen der Regierung, den alten Kurs beizubehalten. Man fragt sich, ob die dynamische Reformphase der Türkei ein Ende gefunden hat und das Land in Zukunft auf der Grundlage eines stillschweigend verabredeten *modus vivendi* zwischen der religiös-konservativen AKP und den Kemalisten regiert werden wird.<sup>96</sup>

Es fällt schwer, diesen politischen Schwenk des Ministerpräsidenten zu erklären. Eine Erklärung lautet, dass sich Erdoğan unter dem Eindruck der gegen ihn und seine Partei gerichteten politischen Verfolgung durch die von den Kemalisten beherrschten Staatsorgane zu Vorsicht und Zurückhaltung gedrängt fühle. Dieser Interpretation nach könnte das aktuelle Gebaren als ein nur vorübergehendes Innehalten gedeutet werden, aus dem sich die AKP möglicherweise wieder lösen wird, wenn sie bei den kommenden Kommunalwahlen ähnlich klar triumphieren sollte wie bei den Parlamentswahlen im Juli 2007.<sup>97</sup> Hierbei wird allerdings übersehen, dass schon der Wahlerfolg 2007 die AKP zu keiner Reformpolitik, sondern eher zur Herausstellung der religiös-konservativen Agendapunkte bewegt hat.

Andere vertreten die Ansicht, dass sich in der AKP angesichts schwindender EU-Beitrittschancen und einer wachsenden außenpolitischen Bedeutung der Türkei in der Region jene konservativ-nationalen Kräfte durchsetzen, deren politische Grundorientierung dem Ministerpräsidenten ohnehin gar nicht so fern liege. Erdoğan ist seinem Naturell nach ein konservativer, national eingestellter und frommer türkischer Muslim.<sup>98</sup> Als machtbewusster Politiker ist er vorrangig daran interessiert, sein Verhalten den Erfordernissen der jeweils vorherrschenden Großkonstellation anzupassen. Das schließt ein, dass er auch eine

<sup>96</sup> So schreibt z.B. der Istanbuler Korrespondent der ZEIT: »Erdoğan verabschiedet sich von [...] allen, die geglaubt haben, er könne die Türkei nach Europa führen«, Michael Thumann, »Der Herrscher vom Planeten Ankara«, in: *Die Zeit*, 20.11.2008, <[www.zeit.de/2008/48/Erdogan](http://www.zeit.de/2008/48/Erdogan)>; vgl. auch Sabrina Tavernise, »Turkey's Liberals Speaking Out as Reform Stalls«, *The New York Times*, 25.11.2008.

<sup>97</sup> Vgl. Emre Uslu/Önder Aytac, »AK Party Supporters in Search of Tayyip Erdoğan«, *Today's Zaman*, 28.11.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=159993](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=159993)>.

<sup>98</sup> Vgl. die Kurzbiographie Erdoğan's bei Hermann, *Wohin geht die türkische Gesellschaft?* [wie Fn. 11], S. 137–143.

liberal-demokratische Reformpolitik fördert, sofern sie ihm und seiner Partei nützt. Gerade diese Notwendigkeit besteht nach Ansicht des Ministerpräsidenten in der aktuellen Lage jedoch nicht.

Trotz all dieser Vorbehalte gegenüber der AKP und ihrer Führung, was ihre künftige politische Richtung betrifft, führt aber kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die Regierungspartei selbst bei einem maßvollen Verlust bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 ihre dominante Position behalten wird. Auf absehbare Zeit, das ist sicher, wird das politische Geschick des Landes maßgeblich von Erdoğan und der AKP bestimmt. Ohne sie ist auch in den nächsten Jahren in der Türkei und mit der Türkei keine Politik zu machen.

Ebenso auf absehbare Zeit dürfte allerdings die immer noch erhebliche und – allen parteipolitischen Organisationsdefiziten zum Trotz – vielleicht sogar zunehmende Stärke säkularistischer Kräfte in der türkischen Zivilgesellschaft zusammen mit den kemalistischen Bastionen im Institutionengefüge eine hinreichend wirksame Barriere gegen eine umfassende Islamisierung des Landes bilden – falls diese überhaupt (noch) das geheime Ziel der AKP sein sollte. Entgegen dem zum Teil von ihm selbst verbreiteten Eindruck repräsentiert das nicht-religiöse Lager in der türkischen Bevölkerung immer noch eine bedeutende Minderheit, die zurzeit allerdings in zivilgesellschaftlichen Organisationen besser aufgestellt zu sein scheint als in den Institutionen der politischen Ebene.

## Wohin steuert der Beitrittsprozess?

Die Verschärfung des Kulturkampfes in der Türkei seit Anfang 2007 und die damit verbundenen Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf den Prozess des Beitritts des Landes zur Europäischen Union. So wird in der EU allgemein beklagt, dass die in den Jahren 2002 bis 2005 erkennbare Reformdynamik deutlich nachgelassen und die Regierung Erdoğan einen Prioritätenwechsel hin zu einer stärker religiös-konservativ oder auch national orientierten Agenda vollzogen habe.<sup>99</sup>

Doch auch die innenpolitischen Kontrahenten der AKP im laizistisch-kemalistischen Lager haben sich keineswegs für einen kraftvollen Prozess der Annäherung an die Union ins Zeug gelegt. Linke wie rechte Nationalisten verdächtigen die EU nach wie vor, mit Hilfe der Durchsetzung der Kopenhagener Kriterien die Türkei politisch schwächen und möglicherweise sogar teilen zu wollen. Gemäßigtere Kemalisten betonen zwar, wie wichtig eine Integration ihres Landes in die Union sei; auch sie haben aber erhebliche Bedenken, dass sich die zu erwartenden Liberalisierungserfolge eines solchen Schrittes auf die Stabilität der kemalistischen Republik ungünstig auswirken könnten. Zudem werfen sie den politischen Führungen in den EU-Mitgliedstaaten vor, den grundlegend systemverändernden Charakter der AKP-Politik, nämlich die nach ihrer Ansicht schleichende Islamisierung der Türkei, nicht wahrzunehmen oder nicht wahrnehmen zu wollen.

Ohne Zweifel setzt die AKP heute die Prioritäten ihrer EU-Politik anders als noch vor fünf Jahren. Sie hält zwar am Ziel des Beitritts fest und tut auch nichts, um den Erfolg der laufenden Verhandlungen ernsthaft zu gefährden. Doch sie hat inzwischen eine wesentlich breitere Agenda, die Ausdruck ihres durch die Erfolge der letzten Jahre, insbesondere ihres Etappensiegs gegen die kemalistischen Staatsinstitutionen im Jahr 2007, vergrößerten politischen Selbstbewusstseins ist. Erdoğan ist wohl der Ansicht, dass er heute die Ankerfunktion, die der EU-Beitrittsprozess

zur Festigung seiner innenpolitischen Macht besessen hat, nicht mehr so sehr nötig hat wie zu Beginn der AKP-Herrschaft. In diesem Kalkül wird er sicher auch durch den Umstand bestärkt, dass das außenpolitische Ansehen der Türkei in der nah- und mittelöstlichen Nachbarregion, aber auch in der EU und in Washingtoner Zirkeln fraglos gewachsen ist. Außenminister Ali Babacan brachte diese neue türkische Grundhaltung auf den Punkt, als er Anfang Dezember 2008 in einem Interview erklärte: »Wir müssen nicht unbedingt irgendwo dazugehören. Wir sind nicht ein Land, das nur durch den Beitritt zu einer Gruppe seine Existenz sichern kann. Die Türkei ist dank ihrer Geschichte und Kultur schon aus eigenem Recht ein sehr wichtiges Land.«<sup>100</sup>

Diese neue Haltung ist aber auch ein Reflex auf die in den vergangenen zwei Jahren in der türkischen Öffentlichkeit deutlich zurückgegangene Zustimmung zur EU-Orientierung des Landes. Ausgelöst wurden diese Zweifel am Sinn des Unternehmens EU-Beitritt durch den seit 2005 immer offener zutage tretenden Dissens unter den Unionsmitgliedern über die Opportunität einer Aufnahme der Türkei. Immer noch stehen sich in dieser Frage Befürworter wie Großbritannien, Italien, Schweden und verschiedene neue Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa und Gegner wie Frankreich, Österreich, die Niederlande, Dänemark und große Teile der konservativen europäischen Parteifamilie, einschließlich der deutschen CDU, gegenüber. Letztere treten in Sachen Türkei anstelle der Mitgliedschaft für den Aufbau einer besonderen Form der Beziehungen ein, die in deutschen Kreisen als »privilegierte Partnerschaft« bezeichnet wird. Entsprechend widersprüchlich sind die öffentlichen Aussagen von Regierungsvertretern der EU-Mitgliedstaaten, Angehörigen der Europäischen Kommission und Mitgliedern des Europäischen Parlaments (EP). Da über einen Beitritt zur EU aber einhellig entschieden werden und auch das EP zustimmen muss, werden die türkischen Aussichten immer unklarer.

<sup>99</sup> So z.B. der Tenor des jüngsten Fortschrittberichts der Europäischen Kommission vom November 2008, Commission of the European Communities, *Turkey 2008 Progress Report*, SEC (2008) 2699 final, Brüssel, 5.11.2008, <[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press\\_corner/key-documents/reports\\_nov\\_2008/turkey\\_progress\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press_corner/key-documents/reports_nov_2008/turkey_progress_report_en.pdf)>.

<sup>100</sup> »Turkey's Existence Not Dependent on EU Entry, Says Babacan«, *Today's Zaman*, 5.12.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=160688](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=160688)>.

Dieser Dissens beeinträchtigt auch den Fortgang der Aufnahmeverhandlungen, die langsamer verlaufen als jene der letzten Beitrittsrunde mit den zwölf mittel-, ost- und südeuropäischen Kandidaten. So hat Frankreich sich dagegen ausgesprochen, die Gespräche über solche Kapitel zu eröffnen, denen es eine vorentscheidende Bedeutung in der Beitrittsfrage zuschreibt, wie zum Beispiel Wirtschafts- und Währungsfragen oder die Agrarpolitik. Auch zögern verschiedene Regierungen in den zuständigen Arbeitsgruppen des Rates mit technischen Argumenten die endgültige Verabschiedung mehrerer, eigentlich beschlussreifer Screening-Berichte hinaus, ohne die aber eine Eröffnung von Verhandlungen nicht möglich ist.<sup>101</sup> Hinzu kommt, dass die EU seit Dezember 2006 acht Kapitel blockiert hat, weil die Türkei sich weigert, ein Anpassungsprotokoll zum Assoziationsvertrag von 1964 zu ratifizieren, mit dem die seit 1995 bestehende Zollunion zwischen ihr und der EU auf das EU-Mitglied Zypern ausgedehnt würde. Ankara will die Regierung der (griechischen) Republik Zypern nicht als Repräsentantin der ganzen Insel anerkennen.<sup>102</sup> Die zyprische Regierung blockiert ihrerseits seit jüngstem die Eröffnung des Kapitels über Energiefragen, weil sie mit der Türkei im Streit liegt über Öl- und Gasexplorationen in der zyprischen Wirtschaftszone im östlichen Mittelmeer.

Gleichzeitig wird die EU nicht müde, von der Türkei als Bedingung für den Beitritt weitere tiefgreifende Reformen zu fordern, deren konsequente Umsetzung Feuer ins Öl des Kulturkampfes gießen, aber auch zu Verdruss in der AKP-Anhängerschaft führen würde.<sup>103</sup> Dabei handelt es sich um gesetzgeberische Schritte, die Ankara in der Kurdenfrage, in der Armenierfrage,

**101** In den Screening-Berichten nimmt die Kommission eine Bestandsaufnahme der türkischen Rechtslage in beitriffsrelevanten Materien vor. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse werden dann die konkreten Anpassungsnotwendigkeiten an den gemeinschaftlichen Besitzstand festgestellt, über die mit der Türkei in den Beitrittsverhandlungen gesprochen werden muss.

**102** Vgl. Heinz Kramer, *Türkei-Verhandlungen vor dem Aus?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2006 (SWP-Aktuell 51/06).

**103** Der Katalog der EU-Forderungen ist im jüngsten Dokument über die Beitrittspartnerschaft enthalten, siehe Europäische Gemeinschaften, »Beschluss des Rates vom 18. Februar 2008 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Republik Türkei und zur Aufhebung des Beschlusses 2006/35/EG (2008/157/EG)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L 051, 26.2.2008, S. 4–18, <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:051:0004:0018:DE:PDF>>.

generell im Bereich des Minderheitenschutzes, zur Zivilisierung der Rolle des Militärs, zum Ausbau der Meinungsfreiheit und in der Zypernproblematik vollziehen soll. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Regierung in der Beitrittsangelegenheit momentan Zurückhaltung zeigt und weite Teile der türkischen Öffentlichkeit der EU schlicht Unehrlichkeit im Umgang mit dem Aufnahmekandidaten Türkei unterstellen.

Für die AKP-Basis kommt noch ein weiterer Faktor hinzu, der die Skepsis gegenüber der EU verstärkt: das offizielle Schweigen Brüssels in der Kopftuchfrage. Viele sehen in der EU-Forderung nach einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei und der gleichzeitigen Ignoranz gegenüber der Bedrängung der *türban*-tragenden Studentinnen einen weiteren Ausdruck europäischer Doppelmoral. Außenminister Babacan brachte diese Haltung zum Ausdruck, als er vor dem Auswärtigen Ausschuss des EP im Juni 2008 darauf hinwies, dass sich auch die muslimische Mehrheit in der Türkei in ihrer Religionsfreiheit beschnitten fühle. Indirekt übte er damit Kritik an der stillschweigenden Hinnahme der offiziellen, das heißt kemalistischen Interpretation des Laizismusprinzips in der Türkei durch die Institutionen der EU.<sup>104</sup>

Ministerpräsident Erdoğan und weite Teile der AKP-Führung sind angesichts der zunehmend islamkritischen Diskussion in wichtigen Mitgliedsländern der EU zu der Auffassung gelangt, dass der Beitritt zur Union der Verwirklichung ideologisch-politischer Kernanliegen des religiös-konservativen Lagers nicht dienlich ist. Sie glauben erkannt zu haben, dass eine Demokratisierung à la EU nicht länger Hand in Hand geht mit der Durchsetzung elementarer politischer Interessen der konservativen Mehrheit der türkischen Wähler gegen den autoritären Laizismus der staatlichen Institutionen, wie er jüngst vom Verfassungsgericht bekräftigt wurde. Damit erlischt aber auch ein für die AKP wichtiger Impuls, den Beitrittsprozess mit Vorrang zu betreiben.

Hält die Unsicherheit in der Beitrittsfrage weiter an, so wird dies die Ankerfunktion der EU für den Reformprozess der Türkei weiter schwächen. Die in der Türkei inzwischen gewachsene Skepsis schlägt sich auch in der Außenpolitik Ankaras nieder, in der bereits jetzt die EU in der Prioritätenliste hinter die

**104** Vgl. Ali Aslan Kiliç, »Foreign Minister Babacan's ›Muslim Majority‹ Remarks Stir Religious Freedom Debate«, *Sunday's Zaman*, 1.6.2008, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=143552](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=143552)>.

Festigung der türkischen Position als regionaler Akteur zurückgefallen ist. Vor allem aber wird, wenn sich die Ankerfunktion der EU weiter verringert, der inner-türkische Kulturkampf mit unverminderter Intensität andauern. Wenn nämlich die AKP daran festhält, durch die Betonung religiös-konservativer Anliegen auch die »modernen« Säkularen zu verunsichern, und gleichzeitig die EU-Perspektive verlorenzugehen droht, wird die Regierungspartei die Sympathien, die ihr bisher von Seiten der großstädtischen liberalen Kreise zuteil wurden, peu à peu einbüßen. Der Graben zwischen den Lagern wird so eher tiefer. Das wiederum dürfte das türkische Image in der EU nicht verbessern.

Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass es in den kommenden Jahren zu einem wechselseitigen politischen Entfremdungsprozess zwischen der Türkei und der EU kommt. Doch ist ein kompletter Bruch in den Beziehungen zwischen beiden Akteuren unwahrscheinlich. Daran können Ankara, trotz der zitierten Meinung des Außenministers, aber auch die EU-Staaten unter normalen Umständen kein Interesse haben. Die Türkei wird auf absehbare Zeit, was ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihre sicherheitspolitische Lage betrifft, ohne ein erhebliches Maß an »Westbindung« nicht auskommen können. Die EU wiederum, der an einer sicherheitspolitischen Stabilisierung ihrer östlichen und südöstlichen Nachbarschaft gelegen ist, hat erhebliche Vorteile von einem konstruktiven Verhältnis zum Regionalakteur Türkei.

Gegen einen Bruch spricht auch, dass die Türkei Anfang Januar 2009 mit zwei Gesten ihr andauerndes Interesse am EU-Beitritt unterstrichen hat: erstens durch die Ernennung eines Staatsministers für EU-Beziehungen, dem die Leitung der Beitrittsverhandlungen anvertraut wurde, und zweitens durch den nach einer vierjährigen Pause ersten Besuch eines türkischen Ministerpräsidenten bei den Brüsseler EU-Institutionen. Es wäre allerdings verfehlt, wollte man auf Seiten der Union in diesen freundlichen Signalen ein wiedererwachtes Interesse der AKP-Regierung an einer Beschleunigung des Prozesses sehen.<sup>105</sup> Das könnte wohl nur der Fall sein, wenn die Partei – wider Erwarten – bei den Kommunalwahlen im März 2009 einen empfindlichen Rückschlag erleiden würde. Dann ergäbe sich für die AKP in der Tat die Notwendigkeit, ihren Rückhalt im großstädtischen säkularen Mittelstand und in den liberal orientierten säkularen

Medien wieder zu stärken, wozu gerade das EU-Thema immer noch gut geeignet ist. Dies zeigt, dass die Ankerfunktion der Union für die Türkei auch unter veränderten innenpolitischen (und außenpolitischen) Verhältnissen und jenseits der liberalen, säkularisierten Gruppen der Gesellschaft zwar in ihrer Wirksamkeit nachlässt, aber immer noch existent ist.

Doch wird sich die EU darauf einstellen müssen, dass sie es künftig mit einer modernen, in die internationale Globalisierung eingebundenen Türkei mit einer mehrheitlich religiös-konservativen Prägung und einer bedeutenden laizistisch-kemalistischen gesellschaftlichen Opposition zu tun hat. Hinzu kommt, dass für längere Zeit auch die beiden wichtigen staatlichen Institutionen – die Justiz und das Militär – noch eine Wächterrolle wahrnehmen und eine »Brandmauer« gegen eindeutig islamistische Auswüchse bilden, eine Mauer, die allerdings auch die Chancen für weitere Demokratisierungsschritte vermindert.

Dennoch entwickelt sich eine Türkei, die sich, was die gesellschaftliche Verankerung und Praktizierung wesentlicher europäischer (westlicher) Werte betrifft, deutlich vom EU-Durchschnitt oder der Mehrheit der EU-Mitglieder unterscheidet. Das heißt allerdings nicht, dass sie die fundamentalen demokratischen Grundlagen der EU (parteienpluralistischer Parlamentarismus, säkularer Rechtsstaat, Anerkennung der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten) missachtet oder in Frage stellt. Welche Mischung aus religiös-konservativen, laizistisch-kemalistischen und liberal-demokratischen Merkmalen sich letztlich in der Türkei herausbildet, hängt mittelfristig entscheidend davon ab, ob es im andauernden Kulturkampf zu einem lagerübergreifenden Kompromiss kommt, und längerfristig davon, in welcher Form die gesamte türkische Gesellschaft die Globalisierungs- und Modernisierungsimpulse verarbeitet, denen sie sich gerade unter der Führung des religiös-konservativen Lagers verstärkt ausgesetzt sieht.

In dieser Situation könnten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten – wenn sie es denn wünschen – ihre Rolle in der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung der Türkei stärken, wenn sie sich gezielter auf den Wandel einstellten, der dort durch den Aufstieg der religiös-konservativen Eliten stattfindet. Dafür müsste die in weiten Teilen der türkischen Bevölkerung immer noch vorherrschende Meinung, die EU sei der eigenen Lebens- und Wertewelt eigentlich fremd, widerlegt werden. Es gilt, das

<sup>105</sup> Vgl. »PM Picks New EU Negotiator to Revive Accession Bid«, *Today's Zaman*, 10.1.2009, <[www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=163653](http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=163653)>.

Bild der EU als einer primär wirtschaftlich orientierten Eliteveranstaltung, die sich nicht um »das Volk« kümmert, zu relativieren.

Die vorrangig von der Europäischen Kommission finanzierten Maßnahmen im Bereich des »zivilgesellschaftlichen Dialogs« (und entsprechende autonome Aktivitäten einzelner Mitgliedstaaten) dürfen gegenüber den Kooperationspartnern nicht nur die Erwartung oder Forderung einer fortschreitenden Demokratisierung durch EU-Annäherung transportieren. Sie müssen gleichzeitig aufzeigen, wie weit diese Demokratisierung in der Praxis mit den auf Seiten der Adressaten verwurzelten traditionellen Verhaltensmustern und Werteordnungen in Einklang gebracht werden kann und wo und wie weit sie diese auch transformiert. Eine nachhaltige Akzeptanz der EU-Werteordnung lässt sich nur erreichen, wenn die damit verbundenen Implikationen von der Mehrheit der Gesellschaft nicht nur als »von außen« auferlegt empfunden werden. Beitrittsfördernde gesellschaftliche Begleitmaßnahmen, die den Eindruck hervorrufen, in erster Linie Minderheiten zugute zu kommen, sind zum Beispiel nicht zielführend.

Die Kommission, vor allem ihre Vertretung in der Türkei, aber auch Institutionen wie die deutschen politischen Stiftungen, deren Türkeiarbeit stark auf den Beitrittsprozess hin ausgerichtet ist, sollten deshalb verstärkt Beziehungen zum religiös-konservativen Spektrum der türkischen Zivilgesellschaft pflegen und deren NGOs systematisch in ihre Projekte einbeziehen. Ferner könnte daran gedacht werden, in Zusammenarbeit mit dem *Diyanet* allen Imamen grundlegende Kenntnisse über die EU, insbesondere ihre Wertegrundlagen (EU-Menschenrechtscharta) und die wesentlichen Aspekte des Acquis zu vermitteln. Es reicht jedenfalls nicht aus, Kontakte und Maßnahmen vorrangig oder ausschließlich auf das in seinem Habitus weltläufige und international orientierte Spektrum in der AKP-Anhängerschaft auszurichten, wenn es doch die Masse der türkischen Bevölkerung ist, die eine nachhaltige, auf mehr als (vermutlich übertriebene) materielle Hoffnungen gestützte Zustimmung zum Beitrittsprozess entwickeln soll.

## Abkürzungen

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
AnaP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
AP	Adalet Partisi (Gerechtigkeitspartei)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
DP	Demokrat Partisi (Demokratische Partei)
DTP	Demokrat Türkiye Partisi (Partei der demokratischen Türkei)
EP	Europäisches Parlaments
EU	Europäische Union
EP	Europäisches Parlament
FP	Fazilet Partisi (Tugendpartei)
GMFUS	The German Marshall Fund of the United States
MGK	Milli Güvenlik Kurulu (Nationaler Sicherheitsrat)
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Nationalistische Aktionspartei)
MÜSİAD	Müstakil Sanayici ve İş Adamları Derneği (Muslimische Unternehmervereinigung)
NGO	Non-Governmental Organization
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
SP	Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit)
TOBB	Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği (Türkische Börsen- und Handelskammer)
YÖK	Yükseköğretim Kurulu (Oberster Hochschulrat)